

Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim

Guido Houben

Drogen in Rußland
Überlegungen zu Staat, Gesellschaft, organisiertem
Verbrechen und internationaler Kooperation

November 1999

Untersuchungen des FKKS 21/1999

Konflikt
Kooperation

Die »Untersuchungen des FKKS« werden herausgegeben vom
Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim

ISSN 0947-1359

Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa (FKKS)
Universität Mannheim
Seminargebäude A 5
68131 Mannheim

Telefon: 0621 181-2088
Fax: 0621 181-2087
E-Mail: lsjahn@sowi.uni-mannheim.de

www.uni-mannheim.de/fkks

Inhalt

Kurzfassung	1
1. Einleitung	3
<i>1.1 Das Problem</i>	3
<i>1.2 Die Darstellung</i>	6
2. Das Angebot: Produktion und Handel	8
<i>2.1 Produktion</i>	8
<i>2.2 Handel</i>	11
3. Die Rolle von Drogen für das organisierte Verbrechen	12
<i>3.1 Organisatorische Aspekte</i>	13
<i>3.2 Wirtschaftliche Aspekte</i>	15
4. Die Nachfrage: Drogen und die Gesellschaft	16
<i>4.1 Gesundheitliche Aspekte</i>	18
<i>4.2 Hilfsmaßnahmen zur Reduzierung der Nachfrage</i>	20
5. Drogen und der Staat : Bedrohungsszenario und politischer Handlungsspielraum	22
<i>5.1 Bedrohung des Staates</i>	22
<i>5.2 Drogenpolitik zur Reduzierung des Angebots</i>	25
6. Empfehlungen	29
<i>6.1 Prämissen, Ziele und Lösungsansätze</i>	30
<i>6.2 Internationale Verantwortung</i>	33
Literatur	36
Abkürzungen	42

Redaktion: Manfred Sapper

Guido Houben ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Lothar Mark. Studium der Musik, Russisch und Politologie in Mannheim, Nowosibirsk und Hartford.

Kurzfassung

Illegale Drogen spielen in Rußland eine bedeutende Rolle. Die Produktion, insbesondere von synthetischen Drogen, ist einfach und relativ gefahrlos, sie stellt für viele Menschen eine der wenigen Verdienstmöglichkeiten in Rußland dar. Der Zerfall der Sowjetunion, die Öffnung des Landes, Korruption sowie die Kriege in Jugoslawien erleichtern Transport und Import von Drogen. Der Wunsch westliche Lebenskultur nachzuholen und vor der vermeintlich aussichtslosen Lebenssituation zu fliehen, treibt viele Jugendliche zum Drogenkonsum.

Politik und Öffentlichkeit schenken der Drogenproblematik nach Jahren des Desinteresses im Anschluß an die Perestrojka wieder mehr Aufmerksamkeit. So wurden seit 1996 umfassende Gesetze zur Bekämpfung von illegalen Drogen und Drogensucht beschlossen. Geldwäsche und der Handel mit Drogen und Vorprodukten wurden zu Straftatbeständen. 1997 gründete sich die Vereinigung „Massenmedien gegen Drogen“. Die Beurteilung des Problems hat sich geändert: Das Drogenphänomen wird nicht mehr nur als gesundheitliches und soziales Problem behandelt, sondern zunehmend als Bedrohung der wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Stabilität angesehen. Das organisierte Verbrechen und Bürgerkriegsherren in Mittelasien und im Kaukasus finanzieren sich dank der Illegalität bestimmter Drogen zum großen Teil aus den Gewinnen durch den Handel mit diesen Substanzen. Es wirkt wie ein schleichendes Gift auf Staat und Gesellschaft und ist am Rückfall Rußlands in quasi-feudale Strukturen beteiligt.

Die Globalisierung auch der illegalen Ökonomie, die lange Zeit veraltete Gesetzeslage, die Schwäche und Unwilligkeit der rußländischen Staatsmacht bestehendes Recht durchzusetzen und gegen Kriminelle vorzugehen, erleichtern dem organisierten Verbrechen die Arbeit in Rußland. Neben der politischen Bedrohung besteht ein nachhaltiger negativer Einfluß des Drogenhandels auf die rußländische Wirtschaft: Der Zwang illegal erzielte Gewinne zu waschen führt dazu, daß Ressourcenallokationen nicht nach rationalen Kriterien vorgenommen werden und die Investitionen somit suboptimale Ergebnisse zeitigen.

Die bisherigen Maßnahmen zur Lösung des Drogenproblems reichen nicht aus. Staatliche Programme zielen hauptsächlich auf die aussichtslose Reduktion des Drogenangebots anstatt auf die Reduzierung der Drogennachfrage durch Prävention, Therapien und Rehabilitationsmaßnahmen. Neue Ansätze wie Entkriminalisierung der Konsumenten und Begrenzung der gesundheitlichen Schäden bei Drogenabhängigen anstelle staatlicher Repression und Zwangsmaßnahmen zum sofortigen Entzug haben es in vielerlei Hinsicht nicht leicht. Die Hilfsprogramme internationaler Partner und Nichtregierungsorganisationen konzentrieren sich auf Moskau und St. Petersburg, obwohl die Regionen von der Drogenproblematik ebenso betroffen und auf Hilfe viel stärker angewiesen sind. Den Betroffenen wird so auf absehbare Zeit kaum geholfen. Gewinne und Macht des drogenfinanzierten organisierten Verbrechens werden nicht eingeschränkt. Hier ist eine Neuorientierung erforderlich.

1. Einleitung

*Die Entscheidung zur Herstellung von Drogen wird von Menschen getroffen,
und dieselben Menschen kontrollieren ihren Verkauf.
Die Drogen verschaffen denen, die Herstellung und Verkauf kontrollieren, Kapital und
Macht.
Nicht nur Macht über die Opfer der Drogen,
sondern durch das Geld auch Macht über die ganze Gesellschaft,
über jeden von uns.*

Lev Timofeev

1.1 Das Problem

In der vorliegenden Studie wird untersucht, welche Auswirkungen illegale Drogen auf Gesellschaft und Staat in Rußland zeitigen und welche Bedeutung der Handel mit illegalen Drogen für das organisierte Verbrechen in Rußland hat. Erst aus der Analyse möglichst vieler der illegale Drogen in Rußland betreffenden Aspekte und der Betrachtung verschiedener Akteure erwächst ein Verständnis für die Situation und die Wirkungsweise möglicher Handlungsoptionen. Dies hängt auch damit zusammen, daß Rußland im Hinblick auf Drogen ein besonderes Land ist, das gleichzeitig mit dem Problem einer großen Anzahl von Drogenkonsumenten, mit dem Problem des Anbaus und der Herstellung von Drogen und mit dem Problem des Transits von Drogen über sein riesiges Gebiet konfrontiert ist. In den einzelnen Kapiteln dieser Studie wird daher die gesamte Kette von Produktion und Verarbeitung über die Handelsstationen bis zum Endverbraucher untersucht: das Angebot von Drogen und die Organisation der Anbieter, danach die Nachfrageseite und der Staat.

Der Begriff „Drogen“ bezeichnet im allgemeinsten Sinne Medikamente, deren Heilwirkung bei unsachgemäßer Anwendung in schädliche Wirkung umschlägt, so daß Suchterscheinungen hervorgerufen werden, nämlich zwanghafte seelische und körperliche Abhängigkeit, die zu gesundheitlichen Schäden und, im Falle des Absetzens, zu Entzugserscheinungen führt. Zwar sind in diesem Sinne auch Nikotin, Alkohol und verschiedene frei erhältliche Medikamente wie Schlaf- und Beruhigungsmittel Drogen.¹ Viele Probleme ergeben sich aber erst durch die Illegalität bestimmter Suchtmittel und den inkompetenten Umgang einer Gesellschaft mit ihnen. Der Begriff „Drogen“ bezieht sich in der vorliegenden Studie daher generell auf „illegale Drogen“² im Sinne der drei Konventionen der Vereinten Nationen.³

¹ Der Konsum einer Vielzahl legaler Drogen ist in Rußland mit teilweise verheerenden Auswirkungen verbreitet, so etwa der Mißbrauch von Alkohol und Nikotin, das Schnüffeln von Benzin und in Klebstoffen bzw. Farben enthaltenen Lösungsmitteln sowie der übermäßige Verzehr von codeinhaltigen Hustensäften und Derivaten oder Pilzen, die bewußtseinsverändernde Substanzen enthalten (vgl. Harkin 1997: 151f; Drugs Hit Hard In Well-Placed City, *The St. Petersburg Times*, 4.12.98*. [Die mit einem Sternchen (*) gekennzeichneten Artikel wurden unter dem Stichwort „Russia“ auf der Internetseite des Media Awareness Projects abgerufen (<http://www.mapinc.org/drug-news>)].

² Sinnvoller wäre die Bezeichnung „kontrollierte Substanzen“, da verschiedene „illegale Drogen“ unter Aufsicht der Vereinten Nationen durchaus legal produziert und gehandelt werden wie z. B. Opiate zur Herstellung von Schmerzmitteln.

³ Diese sind das „Einheitsabkommen über Suchtstoffe“ von 1961 (inkl. Zusatzprotokoll aus dem Jahre 1972), das „Übereinkommen über psychotrope Stoffe“ von 1971 und das „Übereinkommen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen“ von 1988

Die juristische Einteilung in legale und illegale Drogen, die vor allem ökonomische Folgen hat, ist nicht kongruent mit der medizinischen Gegenüberstellung von weniger gesundheitsschädlichen bewusstseinsverändernden Stoffen und stark gesundheitsschädlichen Rauschgiften.⁴ Die gesundheitlichen und sozialen Schäden, die insbesondere Alkoholmißbrauch in Rußland zeitigt, sind weitaus schwerwiegender als die Folgen des Konsums mancher illegaler Drogen wie z. B. Cannabisprodukten. Auf der anderen Seite ist es unter den illegalen Drogen vor allem der Konsum von Heroin, der schwerwiegende gesundheitliche Schäden mit sich bringt; die Konsumenten von synthetischen Drogen und Kokain können dagegen bei allen gesundheitlichen Problemen in sozialer Hinsicht oft ihrem gewohnten Leben nachgehen. Staat und Gesellschaft verfügen über mehr Erfahrungen, mit den durch legale Drogen verursachten Problemen umzugehen. Die Auswirkungen des Konsums legaler Drogen werden deswegen im folgenden nicht weiter erörtert.

Der wirtschaftliche und soziale Wandel der mittel- und osteuropäischen Länder im Zuge der Perestrojka und insbesondere nach 1989/1991 schaffen in den Transformationsländern spezifische Probleme und Anfälligkeiten, die von Drogenhändlern aus aller Welt genutzt werden. In Kapitel 2 wird beschrieben, wie sich der Anbau, die Produktion und der Transport von Drogen in Rußland seit der Auflösung der Sowjetunion und der Organisation des Warschauer Paktes entwickelt haben.

Kapitel 3 widmet sich der Organisation des Drogenhandels und seiner Einbindung in das organisierte Verbrechen, für das die Gewinne aus dem Drogenhandel eine sehr große Rolle spielen. Die Vereinten Nationen, die die Jahre 1991-2000 zur Dekade gegen Drogenmißbrauch ausgerufen haben, stellten schon 1996 fest, daß das Drogengeschäft aufgrund der veralteten, da neuen Problemen nicht angemessenen Gesetzgebung und mangelnder Kontrollmechanismen in Rußland enorme Gewinne erzielen konnte, die inzwischen fast 70 Prozent aller illegal gewonnenen Gelder ausmachen. Diese Gewinne konnten nach Angaben der Vereinten Nationen ungehindert in legale Investitionen fließen und so viele Bereiche der rußländischen Gesellschaft durchdringen.⁵

Auch für die westlichen Industrieländer hat das Drogenproblem in den letzten fünfzehn Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Mit der Auflösung der Sowjetunion war auch für die kriminellen Strukturen in Ost und West die Möglichkeit zur Vereinigung zu global agierenden Organisationseinheiten gegeben. Das Drogenphänomen wird daher in der westlichen Welt nicht mehr nur als gesundheitliches, soziales oder gar rein ordnungspolitisches Problem behandelt, sondern zunehmend als Bedrohung von wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Stabilität betrachtet.⁶ Die Vereinten Nationen sehen durch die Geldwäsche von Drogengeldern „die Integrität, Verlässlichkeit und Stabilität von Finanz- und Handelssystemen und sogar Regierungsstrukturen“ als gefährdet an.⁷ Diese Bedrohung kann nicht verwundern, wenn man den weltweiten Umsatz des Drogenbusiness

(s. http://www.incb.org/e/ind_conv.htm). Weil eine Definition des Begriffs „Drogen“ äußerst schwierig und umstritten ist, werden dort statt einer verbalen Definition als „Drogen“ alle in den Anhängen der Konventionen aufgeführten Stoffe bezeichnet.

⁴ In Rußland werden die illegalen Drogen in Suchtstoffe, stark wirkende Substanzen und Rauschgifte eingeteilt (s. z. B. die Verordnung Nr. 930 der Regierung der Rußländischen Föderation vom 3.8.1996).

⁵ Vgl. United Nations International Drug Control Programme (in Klammern wird im folgenden jeweils die abgekürzte Zitierweise angegeben: UNDCP) 1996: 5.

⁶ Vgl. Dirty Money Is Now Big Business. *The Independent*, 23.11.98*

⁷ United Nations Organisation (UNO) 1998: 29

betrachtet, der meist mit einem jährlichen Mittelwert von 400 Mrd. US-Dollar angegeben wird⁸ und demzufolge bereits größer ist als der Markt für den Handel mit Erdöl und Waffen.⁹

In Rußland findet dagegen nur eine geringfügige Beschäftigung mit der Drogenproblematik statt. Eine öffentliche Diskussion über gesellschaftliche Aspekte von Drogensucht ist nach dem Abflauen des in der Anfangsphase der Perestrojka regen Interesses bislang nicht in Gang gekommen, zumal die Medien sich des Themas nur sporadisch angenommen haben. Erst die Gründung der Vereinigung „Massenmedien gegen Drogen“ („SMI protiv narkotikov“) durch Vladimir Gusinskij, Grigorij Javlinskij und andere im Dezember 1997 hat ein größeres Interesse entfacht. In der Folge haben führende Zeitungen wie *Izvestija* und *Moskovskie Novosti* seit Anfang 1998 umfangreiche Artikel über die Auswirkungen von Drogen auf Staat und Gesellschaft publiziert¹⁰ und der Rat für Außen- und Verteidigungspolitik¹¹ einen Bericht über die Bedrohung der Nation durch Drogen veröffentlicht.¹² Am 2. März 1998 fand in der Staatsduma eine öffentliche Anhörung zum Drogenproblem statt.¹³ Kapitel 4 befasst sich mit dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzung sowie mit den gesundheitlichen und sozialen Folgen der parallel zum Anstieg des Angebots hochschnellenden Nachfrage nach Drogen. Darüber hinaus werden staatliche und private Hilfsmaßnahmen besprochen, die zur Reduzierung der Nachfrage beitragen sollen.

Kapitel 5 geht der Bedrohung nach, die von der wirtschaftlichen Macht des im wesentlichen durch den Drogenhandel gestärkten organisierten Verbrechens auf den rußländischen Staat ausgeht. Es beleuchtet das Verhältnis von Angebotskartell und Organisation der Nachfrageseite (d. h. der Drogenkonsumenten und der von den sozialen, gesundheitlichen und ordnungspolitischen Folgen von Drogenkonsum Betroffenen). Während Karl Popper seinerzeit bei der Verteidigungsfähigkeit der offenen Gesellschaft vor ihren Feinden die Unterwanderung der staatlichen Strukturen z. B. durch die Mittel der Demokratie ausnutzende antidemokratische Parteien im Blick hatte, stellt das organisierte Verbrechen heute eine anders geartete Bedrohung dar: Korruption der Staatsdiener, die allmähliche Erosion von gesellschaftlichen Werten und des Vertrauens in den Staat und vor allem wachsender, mit gewaschenen Geldern erworbener Besitz sind die Grundlagen der „kriminellen Gesellschaft und ihrer Freunde“ (Pino Arlacchi). Das organisierte Verbrechen wirkt dergestalt wie ein schleichendes Gift auf Staat und Gesellschaft und ist am Rückfall Rußlands in quasi-feudale Strukturen beteiligt, die durch Willkürherrschaft loka

⁸ Vgl. Stares 1995: 4; UNDCP 1997a: 124

⁹ Der amerikanische Kriminologe Peter Reuter argumentiert dagegen, daß diese Schätzungen mit unglaublicher Nachlässigkeit ermittelt würden, da sie keinen wissenschaftlichen, sondern politischen Zwecken dienen. Trotzdem hätten sie keinerlei Bedeutung für drogenpolitische Entscheidungen (Reuter 1996: 77). Er geht von nur 100 Mrd. US-Dollar Jahresumsatz im Drogengeschäft aus. Angesichts des globalen Handelsvolumens von jährlich drei Billionen US-Dollar erscheine selbst diese Zahl von nicht allzu großer Relevanz (ebda: 63).

¹⁰ Narkopožar, *Izvestija*, 13.-15.1.98, S.5; Zdes' net geroev – odni žertvy, *Moskovskie Novosti* 3/98, S.22-23

¹¹ Dem 1992 ins Leben gerufenen Rat gehören zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an wie Grigorij Javlinskij, Vladimir Gusinskij, Vladimir Lukin, Sergej Fedorov und Sergej Karaganov. Seine Veröffentlichungen genießen daher einige Reputation. Im Westen ist er einem breiteren Publikum unlängst durch eine Studie über das politische System Russlands bekannt geworden, die den Rücktritt von Präsident Boris El'cin nahelegt (vgl. *Nezavisimaja Gazeta*, 16.2.99, deutsch: *Frankfurter Rundschau*, 13.3.99).

¹² Vgl. Karaganov u.a. 1998

¹³ Vgl. Duma Hears Reports On Drug Use. *Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) Newswire*, 3.3.1998. <http://search.rferl.org/newswire/1998/03/030398.html>.

ler und regionaler Eliten charakterisiert sind.¹⁴ Eine weitere Überlegung widmet sich daher dem verbleibenden politischen Handlungsspielraum der rußländischen Staatsmacht und ihren Erfolgsaussichten.

Was ist also zu tun? In Kapitel 6 werden abschließend Ziele, Prämissen und Lösungsansätze vorgestellt, die einen Ausweg aus der Krise aufzeigen sollen. Die erörterten Lösungsansätze betreffen die Drogenproblematik unmittelbar, d. h. sie beschäftigen sich mit direkten Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenangebots und der Probleme der Nachfrageseite. Das Drogenproblem muss jedoch auch in einem größeren Kontext gesehen werden. Die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes verringert die ökonomische Attraktivität, Drogen zu produzieren; mit dem wirtschaftlichen Aufschwung geht langfristig eine Stärkung der Gesellschaft und damit der politisch legitimierten Gewalt der staatlichen Strukturen einher.¹⁵ Da der Anbau bzw. die Produktion von Drogen oft Anzeichen von wirtschaftlicher Unterentwicklung und Armut eines Landes sind, kann die Bekämpfung des Drogenangebots sich daher natürlich auch auf allgemeine entwicklungsfördernde Maßnahmen beziehen. Diese werden hier jedoch nicht weiter thematisiert.

1.2 Die Darstellung

Westliche Beobachter neigen aus Unkenntnis der politischen Kultur und Strukturen in Rußland häufig zur Übertreibung der Drogenproblematik. Natürlich ist der enorme prozentuale Anstieg aller Indikatoren wie Drogentote, Menge der beschlagnahmten Drogen, Verbreitung auf soziale Schichten, erheblich. In gewisser Hinsicht ist Rußland aber einfach dabei, „ein ganz normales Land“ zu werden: Der Vergleich mit dem Ausmaß des Drogenmißbrauchs in westeuropäischen Ländern zeigt, daß zumindest die Nachfrage in Rußland noch kein außergewöhnliches Niveau erreicht hat. Desweiteren sorgt die Tatsache, daß das Drogenphänomen zu Sowjetzeiten weitgehend unbekannt blieb und nicht zugegeben wurde, nunmehr für ein krasses Bild, das dem Hang zu Untergangsszenarien, insbesondere in rußländischen Medien aber auch in der westlichen Presse, entgegenkommt: Die in der Vergangenheit verschwiegenen oder gefälschten Zahlen sind schlicht der Realität angepasst worden. Gleichwohl ist darüber hinaus ein starker Anstieg des Konsums zu verzeichnen.

An einer überzogenen Darstellung des Drogenproblems haben, nebenbei bemerkt, die meisten Beteiligten ein Interesse, wie Peter Rutland und Nataša Kogan für die Berichterstattung über das organisierte Verbrechen insgesamt konstatieren: Polizei, Grenzschutz, Geheimdienste und Gesundheitswesen übertrieben das Ausmaß der Problematik in der Hoffnung auf eine Erhöhung ihrer Budgets; Journalisten versuchten dergestalt die Auflage ihrer Zeitungen zu steigern: „Wenn die Reformen in Rußland tatsächlich erfolgreich wären, könnte Rußland wie Brasilien oder Indien behandelt werden, deren Innenpolitik größtenteils ignoriert wird [...] Daher kommt das neue Paradigma gerade richtig: Rußland als Hochburg der Mafia“.¹⁶ Auch Politiker jeder Couleur würden auf das enorme Gefahrenpotential verweisen, um Unterstützung für ihre jeweilige Politik zu gewinnen, ebenso zeichneten die Mitarbeiter internationaler Beratungsunternehmen ein bedrohliches

¹⁴ Vgl. dazu ausführlicher Shlapentokh 1996 sowie Institut wissenschaftlicher Informationen für Gesellschaftswissenschaften/Institut für Soziologie der Rußländischen Akademie der Wissenschaften (IWIG) 1998: 34ff.

¹⁵ Vgl. GTZ 1999: 41ff

¹⁶ Rutland/Kogan 1998: 1

Bild der Lage, um weitere Aufträge von westlichen Regierungen zu bekommen.¹⁷ Heiko Pleines macht anhand von Beispielen darauf aufmerksam, mit welcher Vorsicht Artikel selbst in seriösen rußländischen Zeitungen zu genießen sind, da diese sich oft auf nur wenige oder dubiose Quellen stützen oder emotional gefärbt sind.¹⁸ Ähnlich lautstark wie früher die sowjetische Propaganda Losungen ausgab wie „Zerquetscht die Rauschgiftsüchtigen wie Küchenschaben“¹⁹, stoßen heute die genannten Interessengruppen ins Horn und spielen die Melodie einer „Bedrohung der Nation“ sowie der „Infragestellung der physischen wie moralischen Gesundheit der russischen Jugend“.²⁰

Für die vorliegende Studie wurden Veröffentlichungen von Regierungen und internationalen Organisationen sowie Berichte von Nichtregierungsorganisationen (NRO) ausgewertet. Als weitere Informationsquelle dienten Fachzeitschriften, Monografien und Publikationen wissenschaftlicher Institute und Interviews mit Experten des Europarats. Darüber hinaus wurde auf Artikel aus der westlichen und rußländischen Tagespresse sowie elektronische Nachrichtendienste zurückgegriffen.

Neben diesen überwiegend qualitativen Quellen mag sich mancher mehr aussagefähige quantitative Angaben wünschen, um z. B. einen Vergleich mit Ländern zu ermöglichen, die in anderer Hinsicht Ähnlichkeiten mit Rußland aufweisen oder aber schon seit längerer Zeit mit Problemen des Konsums, der Produktion und des Transits von Drogen konfrontiert sind. Daten über die Angebots- wie Nachfrageseite des Drogenmißbrauchs sind jedoch, insbesondere in Rußland, oft von schlechter Qualität und kaum zugänglich. „Rußland ist groß, wer kann das Chaos überblicken?“, könnte man denken und sich nach westeuropäischen Verhältnissen sehnen. Dort wird beispielsweise jeder Drogentod zu den Akten genommen. So konnte z. B. der seinerzeit starkes Aufsehen erregende Anstieg der durch Drogen Umgekommenen in Deutschland von 670 auf 2125 in den Jahren 1988 bis 1991 exakt dokumentiert werden.²¹

Wie sind solche Zahlen überhaupt zu interpretieren? Liegt der Grund für den Anstieg von Drogentoten in einem erhöhten Drogenkonsum in der Bevölkerung oder in einer statistischen Änderung, der zufolge bestimmte Tote nicht mehr der Kategorie AIDS, sondern der Kategorie Drogen zugerechnet werden? Sind die Ende der 80er Jahre international immer mehr favorisierten repressiven Maßnahmen in der Drogenpolitik dafür verantwortlich, daß sich Süchtige unter größerem Zeitdruck und Streß ihre Rauschmittel spritzen mussten und es dadurch häufiger zu Überdosierungen kam?²² Wurde im Falle Rußlands die Auflösung der Sowjetunion berücksichtigt oder wurden die Statistiken einfach fortgeführt und entsprechend überhöhte Zahlen übernommen? Sind eine schlechtere Qualität der Suchtmittel bzw. das Auftauchen gänzlich neuer synthetischer Drogen und damit zusammenhängende Dosierungsprobleme für den in Rußland

¹⁷ Vgl. Rutland/Kogan 1998: 2

¹⁸ Vgl. Pleines 1997: A1f

¹⁹ Vgl. Ahlberg 1990b: 335

²⁰ Karaganov u.a. 1998: 1. Das oft überzeichnete Bild zeigt sich nicht nur in wilden Zahlenangaben, sondern auch in der wenig differenzierenden Berichterstattung über Drogen und deren Konsumenten (vgl. auch V „Palermo“ pod Odessoj obrazovalsja krupnyj centr narkobiznesa, *Izvestija*, 12.7.95, S.5). Die gesundheitlichen und insbesondere sozialen Folgen differieren jedoch mitunter beträchtlich.

²¹ Vgl. European Monitoring Center for Drugs and Drug Addiction (EMCDDA) 1998: 25

²² Vgl. Cesoni 1995: 138

festgestellten Anstieg der Drogentoten verantwortlich?²³ Diese Interpretationen sollen für den Umgang mit den nachfolgenden Tabellen, Zahlen und Vergleichen sensibilisieren.

Interpretationen des Drogenproblems in Rußland sind, da die Quellenlage aus verschiedenen Gründen sehr bescheiden ist, noch schwieriger als z. B. eine Analyse des Zustands in Osteuropa.²⁴ Informationen über Drogen und organisierte Kriminalität sind naturgemäß empirischen Untersuchungen wenig zugänglich, da den in der Illegalität Handelnden an Öffentlichkeit nicht gelegen ist. Die geografische Ausdehnung Rußlands stellt wie so oft ein weiteres Problem dar. Marode staatliche Einrichtungen und rückständige Statistiken erschweren darüber hinaus Untersuchungen und Vergleiche. Die vom Europarat veröffentlichten epidemiologischen Untersuchungen von inzwischen neun Städten in Rußland geben zumindest punktuell ein sehr genaues Bild.²⁵

2. Das Angebot: Produktion und Handel

Drogen können aus Pflanzen oder synthetisch hergestellt werden. Zu den pflanzlichen Drogen gehören vor allem Produkte aus Hanf (Haschisch, Marihuana), Mohn (Opium, Heroin, Morphin), Ephedra (Ephedrin) und Koka (Kokain). Die meisten dieser Produkte müssen jedoch raffiniert werden, wozu wie zur Herstellung von synthetischen Drogen Chemikalien und Laboren notwendig sind. Der Anteil bewußtseinsverändernder Stoffe in den verschiedenen Pflanzenteilen hängt von der Sorte und den klimatischen Verhältnissen ab. So ist beispielsweise ukrainischer Mohn weitaus gehaltloser als kirgisischer. Während die Zahl der aus Pflanzen gewonnenen Drogen relativ gering und konstant ist, wächst die Zahl der synthetischen Drogen beinahe täglich und ist kaum noch überschaubar. Hierzu zählen im wesentlichen Amphetamine und deren Derivate („Ecstasy“, „Glass Ice“), Fentanyl sowie Halluzinogene (z. B. LSD). Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß synthetische Drogen die natürlichen gänzlich verdrängen, obwohl die Nachfrage nach synthetischen Drogen aufgrund der durch Repressionsmaßnahmen ausgelösten hohen Kosten für natürliche Drogen künstlich gesteigert wird.

2.1 Produktion

Die Produktion des weltweiten Drogenaufkommens befindet sich in der Hand von nur wenigen Ländern.²⁶ So konzentriert sich der Anbau von Koka zu 90 Prozent auf gerade einmal drei Länder in den Anden: Peru, Kolumbien und Bolivien.²⁷ Der Anbau von Mohn

²³ Vgl. hierzu für Rußland: Neue Droge in Moskau fordert zwanzig Menschenopfer (TV6). Osteuropa-Monitor der *Deutschen Welle* (DW), 22.7.1998. Die Meldungen des Osteuropa-Monitors der DW können unter dem Stichwort „Drogen“ auf der Internetseite der DW abgerufen werden (<http://www.dwelle.de/MONP/BASIS/MONITOR/MONPUB/MONITOR/SF>).

²⁴ Experten des Internationalen Suchtstoffkontrollamtes INCB, einer Unterorganisation der UNO in Wien, argumentieren, daß die Datenlage für Drogen in Rußland unzuverlässig sei. Aus diesem Grunde wird im folgenden soweit möglich auf rein quantitative Aussagen zugunsten qualitativer Schlüsse verzichtet. So kann man z. B. ein Ansteigen des Drogenkonsums anhand des Marktes feststellen, da die Preise für Drogen insgesamt gesunken, die Qualität der Produkte aber gestiegen sind (vgl. Engelbrekt 1994).

²⁵ Vgl. Council of Europe (CoE) 1998; für Orenburg und St. Petersburg vgl. auch CoE 1997.

²⁶ Vgl. Stares 1995: 5ff; UNDCP 1997a: 126f

²⁷ Peru baut alleine fast 70 Prozent des weltweit produzierten Kokas an. In Kolumbien werden jedoch etwa 70 Prozent des Kokas zu Kokain raffiniert (Stares 1995: 5).

entfällt zu über 90 Prozent auf nur sechs Länder; mehr als die Hälfte der weltweiten Mohnproduktion stammt aus Myanmar. Neben dem „Goldenen Dreieck“ Myanmar, Laos und Thailand haben sich die Länder des „Goldenen Halbmonds“, wie Afghanistan und Pakistan und mitunter auch der Iran aufgrund ihrer geografischen Konstellation und überwiegend muslimischen Bevölkerung genannt werden, als Zentren der Opiumproduktion etabliert. Besonders in Afghanistan ist die Herstellung von Heroin seit Ende der 70er Jahre drastisch angestiegen.²⁸ In zunehmendem Maße finden auch die mittelasiatischen Länder Tadschikistan, Kirgistan und Kasachstan bei der Produktion von Opiaten Anschluss an die Weltspitze.²⁹ Neben anderen Gründen, die weiter unten angesprochen werden, geht dieser Anstieg seit der Auflösung der Sowjetunion auch auf eine Renaissance der muslimischen Tradition und der asiatischen Kultur zurück, in der der Gebrauch nichtalkoholischer Rauschmittel verbreitet ist.³⁰ Hanf (Cannabis) wächst praktisch überall auf der Welt wild, so daß Mutmaßungen über das Ausmaß der Nutzung relativ schwierig sind. Nutzung wie Anbau sind jedoch weit verbreitet. Konzentrationen des Anbaus für den Weltmarkt finden sich in Mexiko, Marokko, den Vereinigten Staaten und im Libanon sowie in Afghanistan und Pakistan.

Für die Herstellung von pflanzlichen Drogen spielt Rußland weltweit eine untergeordnete Rolle. Dennoch existiert ein beträchtlicher Anbau von Hanf und Mohn,³¹ der überwiegend für den Verbrauch im Land selbst bestimmt ist³²: Etwa 50 Prozent aller in Rußland beschlagnahmten Drogen sind heimischen Ursprungs.³³ Die Vorkommen von insgesamt über einer Million Hektar überwiegend wild wachsenden Hanfs liegen nach Angaben der Experten des regierungsunabhängigen französischen Drogenbeobachtungszentrums OGD, Dimitri Koschko und Alexander Dazkewitsch, sowie der Vereinten Nationen (UNDCP) vor allem im Nordkaukasus, im südlichen Sibirien, im Fernen Osten an den Grenzen zu China, Nord-Korea und der Mongolei, aber auch in unzähligen Gärten von Wochenendhäuschen rund um Moskau.³⁴ Davon werden ca. 5.000 ha geerntet. Obwohl es keine amtlichen Statistiken über den Anbau von Mohn gibt, geht das amerikanische Außenministerium von nicht mehr als 1.000 ha aus, die kultiviert werden.³⁵ Die günstigen klimatischen Bedingungen im Süden Rußlands sowie die Schwierigkeit, solche riesigen Gebiete zu überwachen, lassen bei gleichbleibend schlechter Wirtschaftslage für die Zukunft einen weiteren Anstieg des Anbaus erwarten (Siehe Karte 1 im Anhang).

Synthetische Drogen können in Laboratorien relativ einfach und preiswert aus einigen meist vor Ort vorhandenen chemischen Grundstoffen hergestellt werden. Während ein Gramm Heroin unter Gefahren und mit Transportkosten importiert werden muss und zu höchstens 200 Straßenportionen verschnitten werden kann, reicht z. B. ein Gramm 3-Methyl-fentanyl für 50.000 Portionen.³⁶ Die Gewinnspannen bei synthetischen Drogen sind daher sehr groß, was mit ein Grund für ihre rasche Verbreitung ist. Die Niederlande

²⁸ Ursache dafür waren mehrere Faktoren, nämlich der mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen 1979 eskalierende Afghanistankrieg, die Revolution Anfang des gleichen Jahres im Iran, eine mit der des Iran vergleichbar rigide Antidrogenkampagne in Pakistan sowie Dürren im Goldenen Dreieck in den Jahren 1978 und 1979 (vgl. Lange 1996: 15f).

²⁹ Vgl. Bezanis 1996: 8f

³⁰ Vgl. Harkin 1997: 149; Krusch 1996: 14f; Ahlberg 1990b: 325

³¹ Die Zubereitung eines Aufgusses aus Mohnstroh, Koknar genannt, ist in Rußland und angrenzenden Ländern im Unterschied zu den meisten anderen Ländern recht verbreitet.

³² Vgl. Central Intelligence Agency (CIA) 1998

³³ UNDCP 1996: 2

³⁴ Vgl. Koschko/Dazkewitsch 1995: 54ff; UNDCP 1997a: 2; sowie Narkopož ar, *Izvestija*, 13.1.98, S.5

³⁵ Vgl. United States State Department (US) 1998: 2

³⁶ Vgl. Hardinghaus 1995: 72; Lallemand 1997: 271

und andere westeuropäische Länder sowie die Vereinigten Staaten sind in der Produktion auf diesem Gebiet derzeit noch führend, die mittel- und osteuropäischen Länder holen jedoch rasant auf. So nimmt Polen in der Produktion synthetischer Drogen schon den zweiten Platz ein.³⁷

Auch in Rußland ist die Produktion synthetischer Drogen stark auf dem Vormarsch. Dafür sprechen neben den einfachen Herstellungsbedingungen die Möglichkeit unbehelligt Labore zu betreiben sowie niedrige Lohn- und Produktionskosten. Auch die Nähe zu lukrativen Märkten in Westeuropa sowie zu den neuen Eliten, d. h. kaufkräftigen potenziellen Kunden in den Hauptstädten Mittel- und Osteuropas spielt dafür eine Rolle. Aber auch die lange Zeit mangelhafte Gesetzgebung sowie deren nachlässiger Vollzug begünstigen die Herstellung synthetischer Drogen. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl qualifizierter, aber durch den wirtschaftlichen Niedergang der UdSSR und ihrer Nachfolgestaaten arbeitslos gewordener Chemiker und Mediziner.³⁸ Die Zahl der von den Behörden ausgehobenen Laboratorien, die synthetische Drogen herstellen, steigt daher kontinuierlich; Laboratorien finden sich nicht mehr nur im Untergrund. Wegen des desolaten finanziellen Zustands vieler akademischer Einrichtungen nutzen einige Wissenschaftler die Laboratorien ihrer Institute zur Akquisition von illegalen Drittmitteln, um das persönliche Einkommen der Chemiker sowie das Überleben der Institute durch die Produktion von Drogen zu sichern.³⁹

Anzahl der ausgehobenen Laboratorien

Jahr	Laboratorien
1993	364
1994	488
1995	585
1996	>600

Quelle: US 1997: 3; UNDCP 1996: 2⁴⁰

Die teilweise aufwendige Verarbeitung der Pflanzen erfolgt immer häufiger in den Ursprungsländern anstatt in rußländischen Laboratorien,⁴¹ die die Raffinierung von Heroin aus den Ländern des Goldenen Halbmonds bislang betrieben hatten. In Rußland werden deshalb zunehmend Chemikalien produziert und exportiert, die zur Raffinierung von Drogen auf pflanzlicher Basis oder zur Herstellung synthetischer Drogen benötigt werden.⁴² Der Export dieser Vorprodukte geschieht illegal, da er durch die 1996 von Rußland in nationales Recht übertragene Konvention der Vereinten Nationen von 1988 verboten ist.⁴³ Im Vergleich zu seiner Rolle als Produktionsstandort steigt daher Rußlands Bedeutung als Transitland für Drogen und Vorprodukte.

³⁷ Vgl. INCB 1997: 59

³⁸ Während man sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes über die rußländischen Atomphysiker aus Sorge um die Weitergabe nuklearen Wissens und Materials viele Gedanken machte, wurden die hochqualifizierten Chemiker und Mediziner vergessen, da in ihnen kein vergleichbares Gefahrenpotential gesehen wurde.

³⁹ Narkopožar, *Izvestija*, 13.1.98, S.5; Moskauer Studenten wegen illegaler Drogenherstellung festgenommen (Interfax). Osteuropa-Monitor der *DW*, 2.3.1999

⁴⁰ Angaben über die geschätzte Anzahl aller drogenherstellenden Labore liegen nicht vor. Aufgrund der flexiblen und kleinräumigen Herstellungsbedingungen ist die Verbreitung synthetischer Drogen statistisch noch schwerer zu erfassen als die natürlicher Drogen.

⁴¹ Ein ähnlicher Prozess lässt sich für andere europäische Länder ebenfalls feststellen (UNDCP 1997a: 129)

⁴² Vgl. INCB 1997: 59f

⁴³ Verordnung Nr. 930 vom 3.8.1996 der Regierung der Rußländischen Föderation.

2.2 Handel

Seit der sowjetischen Intervention in Afghanistan bestehen dem Außenministerium der USA zufolge Verbindungen von Gruppierungen des organisierten Verbrechens in Afghanistan und der ehemaligen Sowjetunion, die immer mehr für den Transport von Drogen aus dem Goldenen Halbmond nach Westeuropa genutzt wurden.⁴⁴ Seit Anfang der 90er Jahre ist Rußland zu einem noch wichtigeren Transitland im internationalen Drogenhandel geworden. Dazu hat insbesondere der Zerfall der Sowjetunion beigetragen. Rußland hat dadurch neue Grenzen bekommen, Außengrenzen, die zuvor Binnengrenzen der Unionsrepubliken waren und kaum eine Bedeutung hatten. Ein bedeutender Teil dieser neuen Staatsgrenzen ist nicht ausreichend gesichert, einige Grenzabschnitte nicht einmal demarkiert.⁴⁵ Vor allem die Grenze zu Kasachstan bereitet bei der Überwachung der Einfuhr von Drogen Probleme. Aufgrund mangelnder Ressourcen oder politischer Instabilität sind einige der anderen neuen Staaten noch weniger als Rußland in der Lage, ihre Grenzen zu kontrollieren. Die Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation hat insgesamt eine größere Durchlässigkeit der Grenzen der ehemaligen Bündnispartner zur Folge. Der Grenzverkehr und die Zahl der Grenzübergänge haben sich enorm erhöht: Während die Sowjetunion nur 50-60 Grenzübergangsstellen mit zuletzt rund zwei Millionen Grenzüberschreitungen im Jahr hatte, gab es 1996 an der Staatsgrenze Rußlands bereits 400 Grenzübergangsstellen, die jährlich von Zigmillionen Menschen überschritten wurden.⁴⁶

Auch die Kriege im ehemaligen Jugoslawien haben das Handelsvolumen durch Rußland und andere Staaten der GUS vorübergehend erhöht.⁴⁷ Die traditionelle Balkanroute wurde jedoch weniger wegen der gewalttätigen Auseinandersetzungen umgangen, vielmehr erhöhten die von den Vereinten Nationen gegen Jugoslawien verhängten Sanktionen die Kontrollen an den Grenzen und behinderten dadurch den Drogenschmuggel.⁴⁸ Der überwiegende Teil der Drogen wird jedoch weiter in Istanbul umgeschlagen und dann via Bulgarien oder per Schiff über das Mittelmeer nach Westeuropa gebracht (siehe Karte 2).⁴⁹

Drogenkuriere aus Nigeria und Ghana, die seit Mitte der 80er Jahre Europa mit Heroin aus Südwest- und Südostasien beliefern (meistens über Lagos), nutzen für den Transport überwiegend kommerzielle Fluglinien.⁵⁰ Der Weg nach Westeuropa führt dabei seit 1994 immer häufiger über den internationalen Moskauer Flughafen Šeremetevo II.⁵¹ Auch südamerikanisches Kokain wird Recherchen des belgischen Journalisten Alain Lallemand zufolge nach Absprachen zwischen dem kolumbianischen Cali-Kartell und rußländischen

⁴⁴ Vgl. Foley, K.P.: The East: Asian Heroin Pours Into Europe, *RFE/RL*, 3.3.1998 <http://search.rferl.org/nca/features/1998/03/F.RU.980303133101.html>

⁴⁵ Halbach 1997: 2

⁴⁶ Halbach 1997: 3; Diese Zahlen sind sehr vorsichtig zu interpretieren, da es sich überwiegend um Binnenverkehr auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR gehandelt hatte. Durch den Zerfall der Sowjetunion ist auch der Drogenhandel auf diesem Gebiet mit dem 1.1.1992 formal zu internationalem Drogenhandel geworden, auch wenn sich die Strukturen des Drogenhandels natürlich nicht mit diesem Datum über Nacht in solche verwandelten, die üblicherweise als international bezeichnet werden.

⁴⁷ Heinrich/Pleines 1997: 63

⁴⁸ Vgl. Engelbrekt 1994: 48

⁴⁹ Vgl. Stares 1995: 20; ebenso Christopher Lockett, Leiter der Drogenabteilung des Europarats (Pompidou-Gruppe), in einem Interview mit dem Autor am 18.12.1998.

⁵⁰ Vgl. Stares 1995: 20

⁵¹ Vgl. UNDCP 1996: 3

wie polnischen Drogenschmugglern zunehmend über diese Route transportiert, daneben auch über die rußländischen Ostseehäfen.⁵² Bislang wurden mehrere Dutzend Routen für den Transport asiatischer und südamerikanischer Drogen über Rußland ermittelt.⁵³

Rußland ist nicht nur von der Produktion und dem Transit von Drogen betroffen, es spielt auch für den Import von Drogen eine steigende Rolle.⁵⁴ Rußlands Eigenbedarf an Drogen wird zum größten Teil von den mittelasiatischen Republiken sowie den Ländern des Goldenen Halbmonds gedeckt. Knapp die Hälfte der beschlagnahmten Hanfprodukte stammt aus Kasachstan, weitere 44 Prozent aus Usbekistan. Mohnstroh wird vor allem aus der Ukraine bezogen. Mehr als 95 Prozent des beschlagnahmten Mohnstrohs stammt von dort.⁵⁵ Die Routen für den Drogenschmuggel sind mit den oben beschriebenen weitgehend identisch. Daneben ist die Menge beschlagnahmter Drogen an den Grenzpunkten Brjansk und Taganrog (Südrußland) im Steigen begriffen. Etwa 80 Prozent aller beschlagnahmten Drogen werden mit der Bahn transportiert, 14 Prozent mit dem Auto.⁵⁶ Darüber hinaus scheint auch der Inlandsflughafen Moskau Domodedovo für den Drogenschmuggel eine Rolle zu spielen.⁵⁷ Synthetische Drogen und Ephedrine werden in größerem Maßstab aus China in die Region Primor'e (Vladivostok) eingeführt,⁵⁸ LSD wird überwiegend aus Mitteleuropa und den USA importiert.⁵⁹ Die rasch steigende Menge der beschlagnahmten Drogen in allen größeren Städten Sibiriens macht deutlich, daß sich das Drogenproblem inzwischen auf ganz Rußland erstreckt.⁶⁰

Das Anwachsen des Drogenangebots nach der Auflösung der Sowjetunion hat viele Gründe: Neben der Öffnung der Grenzen, dem Zusammenbruch vieler staatlicher Funktionen und wachsender Korruption spielt eine große Rolle, daß es in zunehmend deindustrialisierten und von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen oft kaum andere Verdienstmöglichkeiten gibt. Dies gilt besonders für Gegenden, die von Krieg oder Bürgerkrieg gezeichnet sind wie in Rußland etwa Teile des Nordkaukasus. Der Transport von Drogen wird durch kriegेरische Konflikte in der Regel erleichtert. Da über die durch den Verkauf von Drogen erzielten Gewinne ein Großteil der eingesetzten Waffen finanziert wird, haben viele Seiten ein Interesse daran, den Kreislauf aus Krieg und Drogen in Gang zu halten und Konflikte gegebenenfalls zu schüren (siehe Karte 3)⁶¹.

3. Die Rolle von Drogen für das organisierte Verbrechen

„Das organisierte Verbrechen“ ist keine monolithische, zentral gesteuerte Instanz, sondern besteht aus einer Vielzahl von Gruppen, die in verschiedenen illegalen Bereichen tätig sind und die eventuell miteinander kooperieren.⁶² Die Wirkung all dieser Gruppierungen, die sich der organi-

⁵² Vgl. Lallemand 1997: 56, 252ff; Police Seen Powerless Against Innovative Drug Traffickers, *Algemeen Dagblad*, 16.9.96 (nach *Foreign Broadcast Information Service (FBIS)*, Document Number: FBIS-WEU-96-181. <http://wnc.fedworld.gov/ntis/home.html>); Observatoire Géopolitique des Drogues (OGD) o.J.

⁵³ Vgl. UNDCP 1996: 3

⁵⁴ Vgl. Russische Zollbeamte entdeckten 1996 mehr als 6,8 Tonnen Drogen (Interfax). *Osteuropa-Monitor der DW*, 7.2.1997

⁵⁵ UNDCP 1996: 2

⁵⁶ UNDCP 1996: 4

⁵⁷ Narkopožar, *Izvestija*, 15.1.1998, S.5

⁵⁸ Drug-Trafficking Surges In Russian Far East. *ITAR-TASS*, 23.3.99*; OGD 1998: 4

⁵⁹ OGD 1998: 4

⁶⁰ UNDCP 1996: 4

⁶¹ Vgl. Labrousse 1999

⁶² Vgl. ausführlich IWIG 1998: 34ff, das für den Zeitraum 1991 bis 1995 von einem Anstieg von 952 auf 8222

sierten Kriminalität verschrieben haben, erlaubt jedoch, allgemein von den Folgen „des organisierten Verbrechens“ für Rußland und andere Länder zu sprechen. Organisierte Kriminalität unterscheidet sich von anderen illegalen Aktivitäten durch die Beteiligung an illegalen Märkten. Auf illegalen Märkten werden Produkte oder Dienste gehandelt, die entweder staatlich verboten bzw. monopolisiert sind wie z. B. Waffen, Prostitution und Drogen oder aber illegal auf den Markt gelangt sind wie z. B. gestohlene Waren, zur Arbeit gezwungene Kinder und illegale Immigranten.⁶³

Der Begriff „Mafia“ wird hier zu analytischen Zwecken zur Bezeichnung der Verflechtung von organisiertem Verbrechen und dem Staat gebraucht (s. Kapitel 5.1). Der Volksmund verwendet „Mafia“ dagegen synonym mit „organisiertem Verbrechen“. Im Russischen umfasst der Begriff, anders als in den meisten anderen Ländern, sogar alle kriminellen Erscheinungen vom einfachen Verbrechen über Schutzgelderpressung bis zu staatlicher Korruption.⁶⁴

3.1 Organisatorische Aspekte

In der Rußländischen Föderation gibt es Faktoren, welche die Entwicklung illegaler Märkte begünstigen. Neben den staatlichen bewaffneten Einheiten der Armee, des Innenministeriums und der Geheimdienste, den traditionellen Machtstrukturen, existiert inzwischen eine Vielzahl oft am Rande der Illegalität agierender privater Sicherheitsdienste. Diese bieten auf dem freien Markt oder als Bestandteil eines privaten Unternehmens Leistungen für Privatpersonen und Unternehmen an, die staatliche Dienste nicht mehr erfüllen können (Schutz, Schuld-eintreibung etc.) oder gar nicht dürfen (Erpressungen, Auftragsmorde etc.). Da vor allem die Armee ihre Soldaten und Offiziere nicht mehr adäquat entlohnen kann, arbeiten inzwischen viele für private Sicherheitsdienste.⁶⁵ Die rußländische Gesellschaft ist zudem in weiten Teilen durch einen Klientelismus geprägt, der nicht mit den Kategorien „legal“/„illegal“ zu fassen ist. Es gibt weitläufige informelle Netzwerke zum Austausch von Ressourcen, die durch die offiziellen politischen und wirtschaftlichen Strukturen und Hierarchien verlaufen. Die grundsätzlichen Funktionsregeln und Normen wurden bereits zu Zeiten sowjetischer Doppelmoral entwickelt, als z. B. das Abzweigen öffentlicher Güter für den privaten Gebrauch weit verbreitet war.⁶⁶ Schon damals existierten Verflechtungen zwischen der sowjetischen Staatsmacht und kriminellen Vereinigungen.⁶⁷ Die wirtschaftliche Entwicklung, die politischen Bedingungen und die gesellschaftliche Verfassung Rußlands bieten einen guten Nährboden für das organisierte Verbrechen.

Der Drogenhandel (insbesondere der Heroinmarkt) ist ein illegaler Markt, der für das organisierte Verbrechen prädestiniert ist. Der Transport von Rohopium aus den Ländern des Goldenen Halbmonds, seine Verarbeitung zu Morphinbase und schließlich die Umwandlung der Morphinbase in Heroin „verlangen komplexe und arbeitsteilig organisierte Fähigkeiten, die als typische Merkmale für organisierte Kriminalität im engeren Sinne angesehen werden können“.⁶⁸ Im Gegensatz zu Schutzgelderpressung, Raub, Glücksspiel oder

Gruppen organisierter Kriminalität in Rußland berichtet. Offen bleibt, ob die einzelnen Gruppen groß genug sind, um Arbeitsteilung und Spezialisierung zu ermöglichen, wodurch sich solche Gruppen kennzeichnen und welchen Einfluss sie ausüben.

⁶³ Vgl. Millar 1996: 209; Weichsel 1997: 57

⁶⁴ Vgl. zur Verwendung des Begriffes „organisierte Kriminalität“ im Russischen Pleines 1998: 20f

⁶⁵ Vgl. Sapper 1997: 99

⁶⁶ Vgl. Luneev 1996: 101

⁶⁷ Vgl. Ahlberg 1990a; Knabe 1997: 177

⁶⁸ Weichsel 1997: 58

Prostitution erfordert der Drogenhandel die Kontrolle durch vertikal strukturierte Organisationen, geheime Netzwerke, die „den sicheren Warenaustausch über viele Stationen und die Einhaltung der ‚Verträge‘ in dem quasi rechtsfreien Raum des illegalen Marktes gewährleisten“.⁶⁹ Die Illegalität von Drogen hat nun zur Folge, daß die mit ihnen handelnden Unternehmen oder Organisationen spezifische Eigenschaften ausbilden, aufgrund derer es um so schwieriger ist, sie zu bekämpfen.⁷⁰ So sind illegale Unternehmen nicht auf „modernen sachlichen oder bürokratischen Prinzipien gegründet [...], sondern weitgehend auf sehr traditionellen: auf gemeinsamer Herkunft, Verwandtschaft [...] und Freundschaft“.⁷¹ Durch Vertrauen und persönliche Bindungen anstelle von Rechtsstaatlichkeit werden Überwachung und Disziplinierung gewährleistet und das Risiko gegenüber den Verfolgungsinstanzen verringert. Aus diesem Grund haben illegale Unternehmen meist eine beschränkte Zahl von Mitarbeitern und sind klein und flexibel. Diese Struktur des „desorganisierten Verbrechens“ führt zu der scheinbar paradoxen Situation, daß Illegalität und polizeiliche Verfolgung zur Dezentralisierung des Drogenangebots beitragen und die Dezentralisierung wiederum eine Bekämpfung des Angebots erschwert.⁷²

Auf der anderen Seite sind die Produktion und die Verarbeitung, der Transport und die Verteilung von Drogen in Rußland seit etwa 1995 unter die weitgehende Kontrolle wichtiger Gruppen des organisierten Verbrechens gekommen.⁷³ Diese verfügen oft über weit verzweigte Konglomerate, die neben flexiblen und kleinen Strukturen für das eigentliche Drogengeschäft auch Banken und chemische oder pharmazeutische Fabriken beinhalten,⁷⁴ die der „Geldwäsche“, d. h. der Investition illegaler Gelder dienen sowie der Herstellung von Vorprodukten.⁷⁵ Drogenhandel stellt nun weltweit einen integralen Bestandteil des organisierten Verbrechens dar, der nach Angaben der Vereinten Nationen etwa 70 Prozent aller kriminellen Gewinne ausmachen soll.⁷⁶

Neben der Integration der Branchen hat eine geografische Integration stattgefunden. Nach dem rapiden Anstieg der organisierten Kriminalität in Rußland seit der Auflösung der UdSSR mehrten sich seit Mitte der 90er Jahre die Anzeichen für eine zunehmende Kooperation und weitreichende Aufgabenteilung zwischen dem rußländischen organisierten

⁶⁹ Weichsel 1997: 58

⁷⁰ Vgl. auch Reuter 1983

⁷¹ Hess 1992: 27

⁷² Vgl. Hess 1992: 27

⁷³ Dieser scheinbare Widerspruch von Zentralisierung und der zuvor beschriebenen Dezentralisierung illegaler Strukturen ist vergleichbar mit der Globalisierung legaler Unternehmen, wobei große, weltumspannende Unternehmen durch Ausweitung oder Fusionierung entstehen und gleichzeitig die Verantwortung für weite Produktionsbereiche auf kleinere Einheiten vor Ort verlagert wird.

⁷⁴ OGD 1998: 1. Dieser Prozess ist vergleichbar mit der Bildung der ebenso branchenübergreifenden Finanz-Industriellen Gruppen (vgl. Pleines 1998: 15ff).

⁷⁵ Laut Informationen des Innenministeriums der Rußländischen Föderation steht etwa die Hälfte der rußländischen Banken sowie Finanz- und Kreditinstitutionen in Verbindung mit kriminellen Gruppierungen oder war abhängig von ihnen, darunter solchen, die im Drogenhandel tätig seien (50 Tonnen Drogen in Rußland 1998 beschlagnahmt. (Interfax). Osteuropa-Monitor der DW, 25.6.1999).

⁷⁶ Vgl. Zdes' net geroev – odni žertvy, *Moskovskie Novosti* 3/98: 22. Nach Angaben von Thomas Pietschmann von der Forschungsabteilung des UNDCP gibt es für diese Zahl keine direkten Belege. Die Größenordnung erscheine jedoch plausibel, da vielfach von jährlich weltweit 500 Mrd. US-Dollar Geldwäsche- und 300 Mrd. US-Dollar Drogenumsatz ausgegangen wird (Pietschmann in einem e-Brief an den Autor vom 19.5.99). Der Direktor des IWF, Michel Camdessus, schätzt dagegen, daß jährlich zwei bis fünf Prozent des weltweiten Bruttosozialproduktes, d. h. bis zu 1.500 Mrd. US-Dollar aus kriminellen Aktivitäten in den Finanzsystemen gewaschen werden (Drugs Hit Hard In Well-Placed City, *The St. Petersburg Times*, 4.12.98*; UNO 1998: 2).

Verbrechen und ausländischen Mafiagruppen im Drogengeschäft wie auch auf anderen illegalen Märkten.⁷⁷ Die Liberalisierung internationaler Finanztransaktionen seit Beginn der 80er Jahre, die Senkung von Transportkosten sowie die rasanten Entwicklungen in der Telekommunikation und der elektronischen Datenübermittlung haben dem Drogengeschäft im besonderen wie dem organisierten Verbrechen im allgemeinen seit Anfang der 90er Jahre diese Globalisierung ermöglicht. Der Verbreitung von organisiertem Verbrechen dienen demnach nicht nur die inner-rußländische, sondern auch die internationale Entwicklung. Die neuen Organisationsformen und Vermarktungsstrategien erleichtern die flexiblere Erschließung und Bedienung der Drogenmärkte, die offensichtlich noch lange nicht ausgeschöpft sind.⁷⁸

3.2 Wirtschaftliche Aspekte

Die Erträge aus dem Verkauf von Drogen machen einen beträchtlichen Teil der finanziellen Ressourcen krimineller Organisationen aus. Schätzungsweise 250 Mrd. US-Dollar der jährlich weltweit verfügbaren illegalen Gelder stammen aus dem globalen Drogenhandel.⁷⁹ Der Handel mit Drogen ist bei weitem der lukrativste Abschnitt zwischen Produktion, Verarbeitung und Endverbrauch. In diesem Stadium werden Gewinnspannen von über 90 Prozent des Endverkaufspreises erzielt.⁸⁰ Dies ist darauf zurückzuführen, daß nicht Faktorkosten wie Arbeit, Boden oder Kapital die Preise bestimmen, sondern zum größten Teil die Kosten für Sicherheit und Risiko, die mit dem Transport und Verkauf von Drogen verbunden sind. Für den Transport einer größeren Menge Heroins von Afghanistan nach Moskau fielen den Angaben von Leonid Šinkarev zufolge 1997 Kosten von 20.000 bis 50.000 US-Dollar an.⁸¹ Für ein Kilogramm Heroin werden daher in Moskau bis zu 125.000 US-Dollar erzielt, während es in Afghanistan nur etwa 9.000 US-Dollar kostet.⁸²

Die illegalen Gewinne aus Drogen können ohne größere Probleme zwischen anderen Investitionen versteckt werden, um sie so für legale Zwecke nutzbar zu machen. Die Vereinten Nationen stellten schon 1996 fest, daß das Drogengeschäft in Osteuropa enorme Gewinne erzielen konnte.⁸³ Dies lag an der veralteten Gesetzgebung zur Strafverfolgung von durch Drogen erzielten Geldern und den damit zusammenhängenden verschwommenen Grenzen zwischen legalen und illegalen Aktivitäten. Für Rußland, die Ukraine und Polen schätzt der BND die Gewinne aus dem Drogengeschäft auf insgesamt 15 Mrd. DM jährlich.⁸⁴ Diese konnten in Rußland nicht nur über die üblichen Einrichtungen wie Restaurants, Wechselstuben und Casinos gewaschen werden, sondern dank fehlender Kontrollen auch ungehindert über eine Vielzahl kommerzieller

⁷⁷ Vgl. Koschko/Dazkewitsch 1995; Lallemand 1997; Colombia warns Russia on drug corruption, *Reuters*, 28.11.97*; Narkodel'cy perechodjat na barter, *Izvestija*, 13.2.98, S.3; Drugs Hit Hard In Well-Placed City, *The St. Petersburg Times*, 4.12.98*

⁷⁸ Vgl. Lange 1997: 19

⁷⁹ Vgl. Keh 1996: 2

⁸⁰ Vgl. Hess 1992: 21

⁸¹ Vgl. Narkopožar, *Izvestija*, 15.1.98, S.5

⁸² Vgl. Zdes' net geroev – odni žertvy, *Moskovskie Novosti* 3/98: 22. Nach Angaben des UNDCP kostet dagegen ein Kilogramm Opium in Pakistan 90 US-Dollar, während in den USA dafür Straßenpreise von bis zu 290.000 US-Dollar erzielt werden (UNDCP 1997a: 126)

⁸³ UNDCP 1996: 5

⁸⁴ Police Seen Powerless Against Innovative Drug Traffickers, *Algemeen Dagblad*, 16.9.96 (nach *FBIS* Document Number: FBIS-WEU-96-181. <http://wnc.fedworld.gov/ntis/home.html>).. Vergleichszahlen für Rußland alleine liegen nicht vor. In Relation dazu: Der Haushalt der Rußländischen Föderation beträgt für 1999 nominal 50 Mrd. DM. Davon wird jedoch wie in den vergangenen Jahren mangels Deckung nur ein Bruchteil an die Zuwendungsempfänger ausgezahlt werden.

Banken und Versicherungen in zu privatisierende Betriebe fließen. Das Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen geht davon aus, daß das Geld so zu legalen Investitionen deklariert wurde und viele Bereiche der rußländischen Gesellschaft durchdringen konnte.⁸⁵ Daneben schreite die Infiltrierung der politischen und Verwaltungsstrukturen mit Drogengeldern voran, um den Handel mit Drogen vor dem Zugriff des Staates zu schützen.⁸⁶ Der rußländische Kapitalmarkt leidet an chronischem Liquiditätsmangel. Es fehlt vor allem an einem funktionierenden Bankensystem, das Unternehmen mit Kapital ausstatten könnte. Durch die Finanzkrise, die bislang in der Rubelabwertung am 17.8.1998 gipfelte, ist die Geldversorgung größtenteils zusammengebrochen. Warenausgeschäfte sind in der rußländischen Wirtschaft an der Tagesordnung. Dies macht die Wirtschaft Rußlands um so anfälliger für Geldgeber des organisierten Verbrechens und des Drogenhandels, die über eine Reihe von Vorteilen gegenüber legalen Kreditinstituten verfügen wie z. B. niedrigere Transaktionskosten, die Möglichkeit, Kreditausstände säumiger Schuldner mit Gewalt einzutreiben etc.⁸⁷ In gewisser Hinsicht kompensiert das Geld aus dem Drogenhandel daher „die enormen Kapitalfluchten aus Rußland ins Ausland und das Fehlen einer wirksamen internationalen Hilfe“⁸⁸ und verschafft dem organisierten Verbrechen wirtschaftlichen und damit politischen Einfluß.⁸⁹

4. Die Nachfrage: Drogen und die Gesellschaft

Nachfrage und Angebot des rußländischen Drogengeschäfts sind durch exponentielles Wachstum und Diversifizierung gekennzeichnet. Dies wird von offizieller Seite anerkannt. So erklärte der damalige Innenminister Anatolij Kulikov anlässlich der Vorstellung der Verbrechensbilanz für 1997, daß Rußland nunmehr von einem Durchgangsland für Drogen zu einem Land des Drogenkonsums werde.⁹⁰ Der Anstieg des Drogenvolumens hat für Rußland überaus negative Auswirkungen, da die rußländische Gesellschaft weder über das gesundheitliche noch das soziale Niveau westlicher Länder und deren Erfahrungen im Umgang mit Drogenmißbrauch verfügt, um den neuen Problemen zu begegnen. Hinzu kommt, daß der überwiegende Teil der rußländischen Gesellschaft mit Suchtmitteln nicht umzugehen vermag. Es mangelt oft am Verständnis und an der Fähigkeit, Rauschmittel auch dosiert einzusetzen, wie es mit Hanf- und Mohnprodukten in Mittelasien geschieht. So wird etwa der Mohnstrohaufguss Koknar als billige und oft einzige Medizin gegen Durchfall und Ruhr oder als Schmerzmittel verwendet.⁹¹ Allenfalls der Gebrauch von legalen Drogen wie Nikotin und Alkohol wird in Rußland von Kindesbei

⁸⁵ Vgl. UNDCP 1996: 5. Nach Angaben des IWIG gelangten zunächst kommerzielle Strukturen unter die Kontrolle des organisierten Verbrechens. 1993 wuchs dann der Druck auf Banken, 1994/95 auf erdöl- sowie buntmetallgewinnende und -verarbeitende Betriebe und die Automobilbranche. Derzeit kontrolliere das organisierte Verbrechen „70% der kommerziellen Strukturen oder mehr als 40.000 Wirtschaftsobjekte, darunter 1.500 staatliche Betriebe, 4.000 Aktiengesellschaften, 550 Banken sowie annähernd 700 Groß- und Einzelhandelsbetriebe“ (IWIG 1998: 35). Selbst unter Berücksichtigung der im Russischen anders gebrauchten Bedeutung der Begriffe „organisiertes Verbrechen“ und „Mafia“ liegt angesichts der Größenordnung der aus dem Drogengeschäft zur Verfügung stehenden Geldern der Schluss nahe, daß diese wiederum in Wirtschaftsobjekte investiert wurden.

⁸⁶ Vgl. UNDCP 1997a: 133

⁸⁷ Vgl. Keh 1996: 7f

⁸⁸ Koschko/Dazkewitsch 1995: 174

⁸⁹ Dies gilt jedoch nur, solange die Gewinne aus Drogen „gewaschen“ werden. Sobald die Gelder legalisiert wurden, gibt es keinen Grund mehr sie unproduktiv zu investieren.

⁹⁰ Russische Polizei zieht positive Bilanz bei der Aufdeckung von Verbrechen (Interfax). Osteuropa-Monitor der DW, 6.1.1998

⁹¹ Vgl. Koschko/Dazkewitsch 1995: 173

nen an gelernt. Trotz des bekannten gravierenden Alkoholismus in der Gesellschaft ist auch zu beobachten, daß Erziehung mitunter einen kontrollierten Konsum ermöglicht, der Genuß bleibt und nicht zur Sucht führt.⁹²

Für die rußländische Gesellschaft stellt sich das Drogenproblem nicht erst seit 1991. Bis zur Perestrojka war es nicht möglich, in der Sowjetunion öffentlich über Drogensucht zu sprechen. In den Jahren 1986 und 1987 erschienen dann über 150 Zeitungsartikel, die sich mit den Gefahren von Drogen beschäftigten und das Ausmaß dieses gesellschaftlichen Phänomens in der Sowjetunion beschrieben.⁹³ Der Umgang mit dem Phänomen ist also nicht mehr neu; das Ausmaß von Drogensucht und -handel hat sich in den letzten Jahren aber gravierend verschärft. Während die Bevölkerung zu Beginn der Perestrojka die Drogenproblematik in der Sowjetunion wie so viele tabuisierte Themen intensiv diskutierte, hat sie aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage heute mit anderen Problemen zu kämpfen. Die öffentliche Meinung nimmt sich daher der Drogenproblematik erst seit kurzem wieder stärker an, wohl weil diese inzwischen nicht mehr nur eine Angelegenheit der Gesundheit und ein Phänomen von Randgruppen ist.⁹⁴ Immerhin haben laut einer Umfrage in 67 von 89 Föderationssubjekten bereits 66 Prozent aller 12-15jährigen Erfahrungen mit Drogen gesammelt. 41 Prozent der Jugendlichen haben einmaligen Kontakt mit Drogen gehabt, 23 Prozent mehrmals Drogen konsumiert.⁹⁵

Da in den sowjetischen Medien zeitgleich erste öffentliche Berichte über Drogenkonsum in der Bevölkerung sowie über Drogenkuriere aus Afghanistan erschienen, wurde die Frage aufgeworfen, ob das Drogenproblem nicht aus dem Krieg importiert worden sei. Unbestritten ist, daß Veteranen des Afghanistankrieges während und nach dem Krieg harte Drogen (meist Heroin) genommen hatten.⁹⁶ Daneben gab es aber schon zu sowjetischer Zeit andere Möglichkeiten des Drogenmißbrauchs: Medikamente wurden aus pharmazeutischen Fabriken und Apotheken abgezweigt. Mit pflanzlichen Drogen zu medizinischen oder anderen Zwecken bebaute Felder wurden nur unvollständig abgeerntet, um es „den Kolchosbauern zu ermöglichen, ihre Einkommen durch den Verkauf der restlichen Pflanzen zu steigern“.⁹⁷ Vieles spricht also dafür, daß mit der Perestrojka auch die aufgrund ideologischer Motivation künstlich niedrig gehaltene Zahlen zum Drogenkon

⁹² Diese Aussage mag angesichts von zigtausend Menschen, die jährlich in Rußland an Leberzirrhose sterben, grotesk erscheinen (vgl. Harkin u. a. 1997: 68). Statistisch nimmt Rußland damit jedoch nur einen mittleren Platz noch nach Deutschland ein. Setzt man die Zahl der Konsumenten von Alkohol und Heroin in Relation zu den Todesfällen aufgrund der jeweiligen Droge, so wird klar, daß die Fähigkeit Alkohol dosiert einzusetzen, weitaus verbreiteter ist. Drogenerziehung, d. h. das Erlernen des Umgangs mit Drogen ist ein wichtiges Element um Sucht und gesundheitliche wie soziale Schäden zu minimieren (vgl. Schmidt-Semisch 1992).

⁹³ Vgl. Ahlberg 1990b: 323; Morvant 1996: 19

⁹⁴ Vgl. Drug Addiction Russia's Main Enemy Say Specialists. *ITAR-TASS*, 25.5.99*; Narkopožar, *Izvestija*, 13.-15.1.98, S.5; Zdes' net geroev – odni žertvy, *Moskovskie Novosti* 3/98, S.22-23.

⁹⁵ Laut Umfrage haben 66 Prozent russischer Jugendlicher Drogen konsumiert (Interfax). Osteuropa-Monitor der *DW*, 30.3.1999; 50 Tonnen Drogen in Rußland 1998 beschlagnahmt. (Interfax). Osteuropa-Monitor der *DW*, 25.6.1999; in Westdeutschland liegt der Anteil der drogenerfahrenen 12-15jährigen bei 22 Prozent (Bundesministerien für Gesundheit (BMG 1999): 3. Zu weiteren statistischen Angaben über die Verbreitung von Drogen in Rußland vgl. Harkin 1997: 147ff und CoE 1997; 1998.

⁹⁶ Vgl. Koschko/Dazkewitsch 1995: 116; Sapper 1994: 120f. Dieses Problem hat sich keineswegs erledigt, da rußländische Grenztruppen sowie die 201. Motorisierte Division Rußlands wegen des Bürgerkriegs in Tadschikistan dort bis heute stationiert sind. Diese Truppen sind mindestens passiv am Drogentransport in die Rußländische Föderation beteiligt (Lange 1996: 17; Maaß/Reissner 1998: 118; Narkopožar, *Izvestija*, 14./15.1.98, S.5; US 1998: 3). Der Abzug rußländischer Truppen ist jedoch in vollem Gange (vgl. Russia To Cut Border Guard Presence In Tajikistan. *ITAR-TASS*, 25.1.99*).

⁹⁷ Morvant 1996: 19

sum in der Sowjetunion an die Realität angepasst wurden.⁹⁸ Die Verfügbarkeit von Heroin und anderen Drogen durch die geografische Nähe zu den Ländern Mittel- und Südasiens wirkt sich aber zweifelsohne bis heute auf den Konsum aus.

Die gesellschaftlichen Ursachen für das Ansteigen des Drogenkonsums sind hingegen vielfältigerer Natur. Lowell Bezanis führt an, daß eine gewisse „Drogenromantik“ bei Teilen der jugendlichen Bevölkerung als Ausdruck des Protests gegen das Establishment dazu beigetragen habe und Michail Gorbachevs Antialkoholkampagne zum Ausweichen auf alternative Drogen geführt habe.⁹⁹ Typische synthetische Party- und Diskodrogen wie „Ecstasy“ lassen nach dem Zusammenbruch der UdSSR dagegen eher auf ein bewußtes oder unbewußtes Nachholen westlicher Lebenskultur in den größeren Städten schließen. Zu dieser Gruppe gehören im allgemeinen die ökonomischen Transformationsgewinner und deren Kinder, die sich jetzt den Konsum teurer Drogen wie Kokain erlauben können. Die verstärkte wirtschaftliche Krise nach der Auflösung der Sowjetunion hat dagegen für die meisten Menschen eine drastische Senkung des Lebensstandards bis zur Armut mit sich gebracht. Leonid Šinkarev beschreibt eindrücklich, wie sich Arbeits- und Perspektivlosigkeit sowie Gruppendruck in den rußländischen Provinzen auf den Drogenkonsum von Kindern und Jugendlichen auswirken.¹⁰⁰ Armutsdrogen wie Lösungsmittel oder auch Heroin¹⁰¹ dienen hier der Flucht aus der vermeintlichen Ausweglosigkeit der eigenen wirtschaftlichen Lage oder als Ersatz für abhanden gekommene Wertegefüge.¹⁰²

In einem Bericht des Drogenkontrollprogramms der Vereinten Nationen UNDCP über die internationale Konferenz zur Zusammenarbeit in der Drogenkontrolle mit der Rußländischen Föderation wird von einem Anstieg der Drogenkonsumenten in Rußland von einer auf zwei Millionen in den Jahren 1990 bis 1996 ausgegangen. Für das Jahr 2000 wird ein Anstieg auf 3,5 Millionen Drogen mißbrauchende Personen prognostiziert.¹⁰³ Dies entspricht etwa 2,4 Prozent der Bevölkerung Rußlands von rund 145 Mio. Einwohnern. Diese Zahlen gilt es zu differenzieren, da hierin alle Personen eingerechnet sind, die irgendeine Form von Drogen konsumieren, auch wenn sie nicht abhängig sind.¹⁰⁴ Ein vorsichtiger Vergleich zeigt, daß Rußland damit z. B. das Niveau Westdeutschlands bereits fast erreicht hätte, wo schätzungsweise drei Prozent der Bevölkerung Drogen konsumieren.¹⁰⁵

4.1 Gesundheitliche Aspekte

Der Gesundheitszustand der rußländischen Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren stetig verschlechtert. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist seit 1989 (70 Jahre) erschreckend gesunken (1997: 66,6 Jahre; Männer: 60,8, Frauen: 72,9 Jahre).¹⁰⁶ Infektions

⁹⁸ Vgl. auch Ahlberg 1990b: 323

⁹⁹ Bezanis 1996: 6

¹⁰⁰ Narkopožar, *Izvestija*, 13.1.98, S.5

¹⁰¹ Nach Angaben des Guardian war Heroin phasenweise auch unter den Wohlhabenden Rußlands in Mode. Vgl. Heroin Hooks Children of New Russian Rich. In: *The Guardian*, 15.5.98*).

¹⁰² Vgl. auch: Laut Umfrage haben 66 Prozent russischer Jugendlicher Drogen konsumiert (Interfax), Osteuropa-Monitor der *DW*, 30.3.1999

¹⁰³ UNDCP 1997c: 3. Auch die meisten anderen Quellen sprechen von derzeit zwischen zwei und fünf Millionen Drogenkonsumenten (vgl. z. B. Engelbrekt 1994: 49; Zahl der Drogensüchtigen nahm in Rußland rapide zu (RIA), Osteuropa-Monitor der *DW*, 7.1.1998; 50 Tonnen Drogen in Rußland 1998 beschlagnahmt (Interfax), Osteuropa-Monitor der *DW*, 25.6.1999).

¹⁰⁴ Vgl. dazu Harkin 1997: 147ff; CoE 1998: Anhang

¹⁰⁵ BMG 1999: 3

¹⁰⁶ Handdata Russia in Figures 1999, ed. by Goskomstat Rossii., <http://www.gks.ru>

krankheiten wie Syphilis und andere durch Geschlechtsverkehr übertragene Krankheiten breiten sich rasch aus und lassen auf riskantes Sexualverhalten schließen. Auch die Zahl der Hepatitis- und AIDS-Erkrankungen steigt dadurch schneller, da das HI-Virus leichter übertragen wird, wenn einer der Partner oder beide bereits eine sexuell übertragbare Krankheit haben. Drogenabhängige sind in besonderem Maße von den Verschlechterungen im Gesundheitsbereich betroffen.

Eine weitere Gefahr stellt laut der Weltgesundheitsorganisation das Ansteigen der Tuberkulose- und die Verbindung von Tuberkulose und AIDS dar. Da HIV-Infektionen die Verbreitung von Tuberkulose begünstigen, könnte Tuberkulose zur häufigsten Todesursache von an AIDS erkrankten Personen werden.¹⁰⁷ Die Verbreitung typischer Armutskrankheiten wie Syphilis und Tuberkulose verdeutlichen insgesamt die schlechten sozialen und gesundheitlichen Bedingungen in Rußland. Erwartungsgemäß ist die Verbreitung von AIDS und anderen Krankheiten bei Personen, die Drogen injizieren (am häufigsten Heroin) besonders hoch.¹⁰⁸ Injiziert werden Drogen überwiegend, weil dies die billigste und effizienteste Art der Verabreichung ist.¹⁰⁹ Wiederum aus Geldmangel werden Spritzen und Besteck zur Injektion oft mehrmals gebraucht und untereinander ausgetauscht. Mancherorts werden die Drogen bereits in Spritzen abgefüllt zum Verkauf angeboten, wobei es durchaus vorkommt, daß sich mehrere Abhängige eine Spritzenfüllung teilen.¹¹⁰ Dies liegt nicht nur an den finanziellen Verhältnissen, sondern auch an der weitverbreiteten Unkenntnis über Ansteckungsgefahren und die Übertragung von Krankheiten wie AIDS und Syphilis.¹¹¹

Registrierte Hepatitis B- und HIV-Erkrankungen in Rußland¹¹²

	Hepatitis B	HIV ¹¹³	Davon Drogen injizierend ¹¹⁴
1994	39 789	945	K.A.
1995	52 682	1 062	K.A.
1996	53 033	1 535	62 Prozent
1997	K.A.	4 337	74 Prozent

Quellen: CoE 1998: Anhang; UNAIDS 1998 nach: Burrows u.a. 1998: 4; K.A. – Keine Angaben

¹⁰⁷ World Health Organization (WHO) 1998: 2; vgl. CoE 1998: Anhang

¹⁰⁸ Die gesundheitlichen Schäden z. B. von Hanf- und Kokaprodukten oder synthetischen Drogen sind anderer Natur; dies hängt auch damit zusammen, daß die einzelnen Drogen von Menschen in sich stark voneinander unterscheidenden sozialen Milieus konsumiert werden.

¹⁰⁹ Wisely 1998: 4. Je schneller der Stoff dem Körper verabreicht werden kann, desto geringer ist die Gefahr, während der Straftat erlappt zu werden.

¹¹⁰ S. Hyde, Lily: Ukraine: UNICEF Launches A Needle Exchange Program For Drug Users, *RFE/RL*, 15.4.1998. http://search.rferl.org/nca/features/1998/04/F.RU.980415123_856.html

¹¹¹ Ein weiterer Grund für die rasche Verbreitung von AIDS in Rußland könnte darin liegen, daß heroinartige Drogen mit Blut auf ihren Säuregehalt getestet werden. Diese durch das Blut eventuell HIV-infizierten Drogen werden dann verkauft, ohne daß die Käufer von dem Testverfahren wissen (New Drug Method in Russia may be behind AIDS Spread, *Reuters*, 27.11.97*; Over 40 Mln People To Be Infected With Aids By 2000, *ITAR-TASS*, 2.1.99*).

¹¹² Völlig andere Zahlen, die aber qualitativ die gleiche Aussage erlauben, bieten z. B. In Fighting AIDS, Russia Should Avoid U.S. Mistakes, *The St. Petersburg Times*, 8.-14.12.97. <http://www.sptimes.ru/archive/times/320-321/in-fighting.html>.

¹¹³ Die Werte entsprechen einem Anstieg von sechs auf 30 Erkrankte pro eine Million Einwohner. Im Vergleich dazu liegt diese Rate in der Europäischen Union für die meisten Länder weit unter zehn, für einige südeuropäische Länder dagegen zwischen 20 und 110 (EMCDDA 1998: 28)

Soziale Randgruppen sind generell am anfälligsten für Krankheiten wie AIDS und Syphilis. Es besteht aufgrund der schlechten gesundheitlichen Bedingungen in Rußland aber die Gefahr, daß nach Drogenabhängigen, Prostituierten, Homosexuellen, Strafgefangenen und Armen sich auch andere Bevölkerungsgruppen zunehmend mit HIV infizieren. Wegen des teilweise desolaten Zustands der rußländischen Armee sind beispielsweise auch Soldaten schon viel stärker von der Problematik betroffen als früher.¹¹⁵

Hinzu kommt, daß auch die Strategien, die in Rußland im Kampf gegen AIDS angewendet werden, nicht dazu beitragen, die Epidemie unter Kontrolle zu bringen: Ähnlich wie bei Drogenkonsumenten setzen die rußländischen Behörden auf repressive Mittel wie Zwangstests auf HIV, die Rückverfolgung der persönlichen Kontakte und die polizeiliche Überwachung der Infizierten.¹¹⁶

4.2 Hilfsmaßnahmen zur Reduzierung der Nachfrage

Inzwischen ist der Gedanke, „Kriminalität und Drogensucht wie Fremdkörper aus der Gesellschaft herauszuschneiden“,¹¹⁷ auch für die rußländischen Sozialwissenschaftler abwegig geworden.¹¹⁸ Die Erforschung und Bekämpfung der gesellschaftlichen Ursachen von Drogensucht fristen jedoch weiterhin ein Schattendasein. Die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten durch die Politik findet weiterhin statt. Staatliche Programme konzentrieren sich hauptsächlich auf die Reduktion des Drogenangebots anstatt auf die Reduzierung der Drogennachfrage durch Therapien und Rehabilitation.

Neue Ansätze wie Entkriminalisierung und Begrenzung der gesundheitlichen Schäden bei Drogenabhängigen anstelle staatlicher Repression und Zwangsmaßnahmen zum sofortigen Entzug haben es in vielerlei Hinsicht nicht leicht.¹¹⁹ Dies zeigt sich exemplarisch an Spritzenaustauschprogrammen, die in einigen wenigen Städten eingeführt wurden. Auf der einen Seite fehlt in der Bevölkerung oft das Verständnis dafür, daß medizinische Ausrüstung, an der es allerorten mangelt, kostenlos an Personen verteilt werden soll, die „durch eigenes Verschulden“ zu Suchtkranken geworden sind. Hier mag die sowjetische Propaganda nachwirken, die Drogenabhängige zu Kriminellen abstempelte.¹²⁰ Zum anderen fehlt in weiten Teilen der Bevölkerung die Akzeptanz für Aufklärungsbroschüren etwa der Weltgesundheitsorganisation über den richtigen Umgang mit Drogen, in denen beschrieben wird, an welche Stellen Drogen am besten zu spritzen sind, welche hygienischen Maßnahmen zum eigenen Schutz getroffen werden sollten usw.,

¹¹⁴ In der EU liegt dieser Wert zwischen vier und 65 Prozent (s. EMCDDA 1998: 28)

¹¹⁵ Karaganov u. a. 1998: 5

¹¹⁶ Vgl. In Fighting AIDS, Russia Should Avoid U.S. Mistakes, *The St. Petersburg Times*, 8.-14.12.97. <http://www.sptimes.ru/archive/times/320-321/in-fighting.html>.

¹¹⁷ Ahlberg 1990b: 318

¹¹⁸ Kurioserweise bietet eine Klinik in St. Petersburg Hilfe für Drogenabhängige eben durch operatives Entfernen der für Suchtempfinden verantwortlichen Gehirnteile an. In den letzten zwei Jahren sollen bereits über hundert solcher Operationen unter der Leitung des Direktors des Hirnforschungsinstituts Svjatoslav Medvedev vorgenommen worden sein (Vgl. Russian Addicts Cured By Surgery, *The Observer*, 7.2.99*; Brain Surgeon Cuts Away Heroin Slavery, *The Times*, 27.2.99*). Aus Novosibirsk wurde zur gleichen Zeit mit der Bestrahlung des Gehirns durch akustische Computersignale eine etwas schonendere Behandlungsform gemeldet (Siberian Sciences Develop New Method To Cure Alcoholism, *ITAR-TASS*, 12.1.99*).

¹¹⁹ Dieser Paradigmenwechsel hat auch in Westeuropa mit Ausnahme der Niederlanden erst stattgefunden, als das Aufkommen von AIDS und dessen epidemische Verbreitung unter injizierenden Drogenkonsumenten festgestellt wurde (Cesoni 1995: 134).

¹²⁰ Vgl. Ahlberg 1990b: 333f

um die gesundheitlichen Schäden der Fixer auf ein Minimum zu reduzieren.¹²¹

Den Sozialarbeitern wiederum fällt es schwer, an die Gruppen der Drogenabhängigen heranzukommen und deren soziales Verhalten zu verändern (wie etwa den gemeinsamen Gebrauch von Spritzen und Besteck). Dies ist auch auf das tiefe Mißtrauen der Abhängigen gegenüber der von staatlicher Seite gewohnten Repressionspolitik zurückzuführen, der zufolge jeder Drogendelinquent bei den Polizeibehörden gemeldet werden muß. Auch für die Ärzte besteht die rechtliche Verpflichtung, drogenabhängige Patienten noch vor der Behandlung polizeilich zu melden. Diese Registrierung war früher mit verschiedenen Auflagen wie Entlassung aus dem Erwerbsleben, Exmatrikulation von der Hochschule oder Berufsverbot sowie der Einschränkung der Bewegungsfreiheit verbunden. Viele Drogenabhängige begaben sich daher nicht in ärztliche Behandlung.¹²² Auch wenn einige mit der Registrierung verbundene repressive Elemente in den letzten Jahren aufgehoben wurden, so bleibt doch z. B. aufgrund der weiterhin bestehenden Meldepflicht und bis zu drei Jahren Betreuung nach dem Entzug das Vertrauen der Drogenkonsumenten in die staatliche Drogenpolitik gering.¹²³

Die staatlichen Maßnahmen für die Nachfrageseite sind im Vergleich zur Angebotsbekämpfung noch sehr rudimentär. Präventionsprogramme in den Schulen sind ebenso rar wie Hilfsmaßnahmen im Strafvollzug. Das geringe Angebot an Kliniken zur Behandlung von Drogenabhängigen ist noch geringer geworden: In den letzten zehn Jahren sank die Zahl der narkologischen Kliniken um 30 Prozent, die Zahl der Plätze für behandlungswillige Drogensüchtige um 60 Prozent, die Zahl der auf Drogensucht spezialisierten Mediziner um 25 Prozent.¹²⁴ Inzwischen ist das Problembewußtsein stark gewachsen, wie sich etwa in dem im Dezember 1998 von der Staatsduma beschlossenen Gesetz über Maßnahmen gegen Drogen und Sucht bei Kindern und Jugendlichen zeigt.¹²⁵ Darin wird die Auflage und bessere finanzielle Ausstattung von Programmen zur Drogenprophylaxe sowie die Initiierung von Antidrogenkampagnen und Informationsdiensten gefordert. Ein weiteres Anliegen ist die Einrichtung von narkologischen und regionalen Zentren zur medizinischen Behandlung und sozialen Rehabilitation von drogenabhängigen Minderjährigen unter Einbezug ihrer Familienangehörigen.

Die staatliche Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und NRO steckt noch in den Kinderschuhen und beschränkt sich auf Pilotprogramme mit materieller Unterstützung und Know-how-Transfer durch internationale Organisationen wie UNAIDS und verschiedene ausländische NRO wie Médecins sans Frontières, Médecins du Monde, das Lindesmith Center, den Deutsch-Russischen Austausch oder die George Soros Foundation sowie private Sponsoren.¹²⁶ Dadurch konnten immerhin schon Krisenzentren und Sorgentelefone eingerichtet und einige Broschüren und Bildungsprogramme über sexuelle Verhaltensregeln und den sicheren Gebrauch von Spritzen usw. aufgelegt werden.¹²⁷ Da es in Rußland stark an zivilgesellschaftlichen Elementen mangelt, verwundert es nicht, daß auch die Entwicklung inländischer NRO im Bereich Drogen noch nicht weit gediehen

¹²¹ Arne Schanche Andresen, Mitarbeiter der Drogenabteilung des Europarats (Pompidou-Gruppe), in einem Interview mit dem Autor im November 1997.

¹²² Vgl. Ahlberg 1990b: 335; Drugtext: Russia. <http://web.drugtext.org/count/russia1.html>; Knabe 1993: A3

¹²³ Vgl. das Bundesgesetz der Rußländischen Föderation Nr.3 vom 8.1.1998 Art. 50 und 54-57.

¹²⁴ Karaganov u. a. 1998: 6

¹²⁵ Verordnung der Staatsduma Nr. 3384-II vom 16.12.1998.

¹²⁶ Vgl. Burrows u. a. 1998; In Fighting AIDS, Russia Should Avoid U.S. Mistakes, *The St. Petersburg Times*, 8.-14.12.97. <http://www.sptimes.ru/archive/times/320-321/in-fighting.html>; vgl. auch Wisely 1998

¹²⁷ Vgl. Harkin 1997: 199; 212 Use Moscow Hot Line For Confidential Calls, *ITAR-TASS*, 26.4.99*

ist,¹²⁸ zumal die Organisation von Drogenabhängigen in genossenschaftlichen Selbsthilfegruppen 1988 verboten worden war.¹²⁹ Hinzu kommt, daß die meisten NRO ihr Wirken auf große Städte beschränken, vornehmlich Moskau und St. Petersburg. St. Petersburg ist als Rußlands „Fenster zum Westen“ und Hafenstadt besonders stark von Drogensucht und den damit zusammenhängenden Auswirkungen betroffen, aufgrund ihrer Rolle als zentraler Knotenpunkt des nationalen und internationalen Verkehrs auch die Hauptstadt Moskau.¹³⁰ Das Drogenproblem reicht inzwischen jedoch bis in die entlegensten Winkel des Landes.¹³¹

5. Drogen und der Staat : Bedrohungsszenario und politischer Handlungsspielraum

Das Drogenphänomen kann unter zwei Gesichtspunkten mit dem Staat in Verbindung gebracht werden. Zum einen gilt es, den Auswirkungen des gegenwärtigen Drogenproblems auf den Staat nachzugehen: Stellt die „Drogenmafia“ mit ihren exorbitanten Gewinnen und daraus resultierender wirtschaftlicher Macht eine Gefährdung der Staatsmacht und der jungen Demokratie in Rußland dar? Eine weitere Überlegung widmet sich der Frage, welche Drogenpolitik zur Reduzierung des Angebots verfolgt werden kann, d. h. welche Maßnahmen von staatlicher Seite unternommen werden können, um die öffentliche Ordnung sowie die Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten.¹³²

5.1 Bedrohung des Staates

Das organisierte Verbrechen in Rußland kann nur vordergründig mit der Kriminalität zur Zeit des Wilden Westens in den Vereinigten Staaten verglichen werden. Sobald die Verbrecherbosse und großen Unternehmen sich genügend bereichert und eine kapitalkräftige Volkswirtschaft etabliert hätten, so die Annahme, würden sie sich für die Durchsetzung fairer Spielregeln einsetzen, um ihren Besitz durch Verrechtlichung zu schützen. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft würden dann Einzug in Rußland halten und einer breiteren Bevölkerung zu Wohlstand verhelfen. Eine solche der Praxis in einigen westlichen Industriestaaten nachgeformte Theorie übersieht erstens, daß nicht jedes Verbrechen, nicht jede kriminelle Gruppe dem organisierten Verbrechen zuzurechnen ist (s. Kapitel 3). Das organisierte Verbrechen darf zweitens auch nicht als mit der Drogenmafia identisch angesehen werden, auch wenn inzwischen 70 Prozent der weltweit auf illegalem Wege erzielten Gewinne aus dem Handel mit Drogen stammen.¹³³ Es gibt bislang zudem keine Anzeichen, die darauf hindeuteten, daß Unternehmer, die tatsächlich der organisierten Kriminalität zugerechnet werden müssen, ihre Aktivitäten in legale Be

¹²⁸ Vgl. Burrows u. a. 1998

¹²⁹ Knabe 1993: A3, A9f

¹³⁰ Vgl. Police Reports Sharp Rise In Drug-Related Crime, *The St. Petersburg Times*, 8.-14.7.96. <http://www.sptimes.ru/archive/times/173-174/police.html>; Drug Use Boosts Local HIV Levels, *The St. Petersburg Times*, 3.-9.11.97. <http://www.sptimes.ru/archive/times/310-311/drug.html>; sowie: CoE 1998

¹³¹ Narkopožar, *Izvestija*, 13.-15.1.98, S.5; Zdes' net geroev – odni žertvy, *Moskovskie Novosti* 3/98, S.22-23

¹³² Der fürsorgliche Charakter staatlicher Drogenpolitik wurde neben privaten Maßnahmen bereits im vorherigen Kapitel angesprochen.

¹³³ Vergleichszahlen für Rußland liegen nicht vor.

reiche verlagern wollten.¹³⁴ Dies scheitert schon daran, daß etwa das Produkt Drogen illegal ist und anders als Alkohol in den USA der 30er Jahre auch weiterhin wenig Chancen hat legalisiert zu werden.¹³⁵ Solche Überlegungen übersehen auch, daß z. B. in Amerika lange vor der Zeit des wilden 19. Jahrhunderts Privateigentum und Rechtsstaatlichkeit ebenso wie eine pluralistische Demokratie, wenn auch mit Mängeln behaftet, schon ausgebildet waren. Die Vereinigten Staaten befanden sich zu dieser Zeit außerdem in einer Phase der anhaltenden wirtschaftlichen Expansion.

Von der Durchsetzung „fairer Spielregeln“ ist Rußland also weit entfernt. Dagegen scheint eine „Verrechtlichung“ ganz anderer Art stattzufinden. Die flächendeckende und längerfristige Zusammenarbeit des organisierten Verbrechens mit staatlichen Organen, auch Mafia genannt. In Rußland finden sich die Vertreter der kriminellen Welt zwar (noch) kaum innerhalb der politischen Eliten, sie arbeiten jedoch in den meisten Regionen mit ihnen zusammen. So gehe die Politik in den Regionen inzwischen über Korruption und Bestechung hinaus und „nutzt ihre Vollmachten, um durch unrechtmäßige Handlungen Druck auf politische und wirtschaftliche Gegner auszuüben“.¹³⁶ In einer Umfrage zu informellen Kontakten zwischen Exekutive und der organisierten Kriminalität gaben 60 Prozent der befragten Mitarbeiter von Polizei- und Justizbehörden an, „es sei schmeichelhaft, Freunde bei der Mafia zu haben“.¹³⁷ Bernd Knabe vertritt inzwischen sogar die an Verschwörungstheorien erinnernde Ansicht, daß schon in der Endphase der Perestrojka, „bei der Realisierung des Konzepts des Systemwechsels [...] die Einbeziehung von Potentialen [der organisierten Kriminalität] und allgemein der Rückgriff auf kriminelle Methoden geplant war“.¹³⁸

Die Handlungen der kriminellen Strukturen folgen im postsowjetischen Rußland der Logik, zuerst Geld zu „erarbeiten“, dieses dann zu legalisieren und in einem dritten Schritt Kontakte zu Politikern zu knüpfen oder eigene politische Legitimität zu erlangen. Letzteres zeigte sich in der letzten Zeit besonders deutlich. Dutzende von Kandidaten wurden wegen ihrer kriminellen Vergangenheit von der Teilnahme an der Dumawahl 1995 ausgeschlossen. Trotzdem gelang es einigen, ein Mandat und damit Immunität zu erlangen. Zu den Wahlen der regionalen Parlamente und Gouverneure (1996/97) gelang es dem organisierten Verbrechen nicht nur, seine Kandidaten aufzustellen. Sie wurden vielfach auch von der Bevölkerung unterstützt und gewählt.¹³⁹ Verschiedene Rußlandexperten gehen davon aus, daß die kriminellen Vereinigungen über enorme finanzielle Ressourcen verfügen und daher Wählerstimmen direkt oder indirekt „kaufen“ können, etwa durch den von gekauften Massenmedien öffentlichkeitswirksam verbreiteten Bau von Kranken- und Waisenhäusern oder direkte Hilfen für Rentner. Die Stimmabgabe für kriminelle Autoritäten zeugt von politischer Apathie der Wähler oder spiegelt vielleicht die Angst vor „dunklen Mächten“ wider.¹⁴⁰

Generell haben kapitalstarke Gruppen Gewicht im politischen Prozeß. Der politische Handlungsspielraum Rußlands ist aber vor allem durch die finanzielle Ohnmacht des Staates massiv eingeschränkt.¹⁴¹ Selbst wenn die politischen Entscheidungsträger den Willen dazu hätten,

¹³⁴ Vgl. auch Geburt des Rechtsstaats aus dem Geist der Mafia?, *Neue Zürcher Zeitung*, 18.8.94.

¹³⁵ Vgl. Millar 1996: 214ff

¹³⁶ IWIG 1998: 35f

¹³⁷ IWIG 1998: 35f. Hier sei an die allumfassende russische Bedeutung des Begriffes „Mafia“ erinnert!

¹³⁸ Knabe 1998: 37; s. auch Luneev 1996: 97f

¹³⁹ So etwa der strafrechtlich verurteilte Gouverneur von Nižnij Novgorod, Andrej Klementev, der Präsident von Kalmückien, Kirsan Iljumž inov, sowie Gennadij Konachin, Bürgermeister im Gebiet Kemerovo.

¹⁴⁰ Vgl. IWIG 1998: 10f, Knabe 1995: 56

¹⁴¹ Die finanzielle Ohnmacht und damit die soziale Schutzlosigkeit der Bevölkerung folgt jedoch erst aus der politischen Unfähigkeit bzw. dem mangelnden Willen der politischen Elite, durch ein funktionierendes

könnten sie aufgrund ihrer Ohnmacht am derzeitigen drogenfinanzierten Regime des organisierten Verbrechens wenig ändern. Es bleibt zu untersuchen, ob sie „bewusst auf ein massives Vorgehen gegen dieses etablierte System [verzichten], da sie die Führer [der organisierten Kriminalität] als Partner im Kampf gegen die gewöhnliche Kriminalität betrachten“.¹⁴² Die Gefahr steigt, daß das organisierte Verbrechen dauerhaften Einfluss auf die Politik gewinnt und sich das Phänomen einer rußländischen Mafia etabliert. Pino Arlacchi legt anhand der Erfahrungen mit der italienischen Mafia überzeugend dar, wie die laxe Haltung des Staates es kriminellen Vereinigungen ermöglichte, eine bestimmte Liquiditätsschwelle zu überschreiten.¹⁴³ Sobald die Unternehmen erst einmal über eine ausreichende Kapitaldecke verfügten, konnten sie im internationalen Drogenhandel konkurrieren und so einerseits über niedrige Preise die Nachfrage nach Drogen enorm steigern und zum anderen ihre Position in der Gesellschaft verfestigen.¹⁴⁴ Stellt man den Haushalt der Rußländischen Föderation von nominell 50 Mrd. DM in Relation zu den vom BND auf 15 Mrd. DM geschätzten Gewinnen aus dem Drogengeschäft in Rußland, der Ukraine und Polen, so läßt dies durchaus auf mächtige drogenfinanzierte Einflußgruppen und damit eine potentielle politische Bedrohung Rußlands schließen¹⁴⁵.

Neben der politischen Bedrohung besteht ein nachhaltiger negativer Einfluß des Drogenhandels auf die Wirtschaft Rußlands. Zwar werden durch die Produktion von Drogen, die Sicherung ihres Transports und ihre Verteilung in der illegalen Ökonomie Arbeitsplätze geschaffen. Der Zwang illegal erzielte Gewinne zu waschen, führt jedoch dazu, daß anders als auf legalen Märkten die Ressourcenallokationen nicht nach rationalen Kriterien vorgenommen werden und die Investitionen somit suboptimale Ergebnisse zeitigen. Die im Drogengeschäft erworbenen Gelder werden in Bereiche investiert, in denen ihre Herkunft möglichst nicht ermittelt werden kann. Dabei werden oft wirtschaftliche Sektoren ausgewählt, die sich durch eine niedrige Produktivität kennzeichnen. Die dadurch geschaffenen Arbeitsplätze sind meist unproduktiv oder werden künstlich erhalten.¹⁴⁶ Die Kriminalisierung der rußländischen Wirtschaft hat zur Folge, daß zunehmend Entscheidungen von illegal operierenden Firmen, zum Teil unter Einsatz von Willkür und Gewalt, getroffen werden. Angenommene positive Auswirkungen des organisierten Verbrechens, etwa daß kriminelle Vereinigungen die ineffizienten oder nicht existenten Organisationsleistungen des Staates ausgleichen, bleiben weit hinter den negativen Folgen zurück.¹⁴⁷

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wird durch den Drogenhandel nachhaltig durch enorme Kosten für Polizei und Zoll, für das Justiz- sowie das Gesundheitssystem geschädigt. Repressionsmaßnahmen erfordern einen im Vergleich zu präventiven und Versorgungsmaßnahmen sehr hohen Kostenaufwand, der in keinem Verhältnis zu dem geringen Nutzen steht.¹⁴⁸ Zusätzlich wird die Volkswirtschaft durch Kosten infolge verringertes

Steuer- und Finanzsystem den Abfluß von Kapital ins Ausland zu verhindern und eine in Ansätzen gerechtere Verteilung der inländischen Ressourcen und Befugnisse vorzunehmen.

¹⁴² Knabe 1998: 4

¹⁴³ So z. B. durch den Schmuggel von Zigaretten und Edelsteinen (s. UNDCP 1997a: 133)

¹⁴⁴ Vgl. Arlacchi 1987: 551f

¹⁴⁵ Vorausgesetzt, die Gewinne werden von rußländischen Gruppen erzielt.

¹⁴⁶ Vgl. UNDCP 1997b: 20

¹⁴⁷ Vgl. Keh 1996: 7ff. Anders bewertet Luttwak 1996: 47ff. die Lage: Für ihn stellt das organisierte Verbrechen in der Transformationswirtschaft Rußlands die einzige Gegenmacht zu korrupten Beamten und Direktoren maroder Staatsbetriebe dar, auch wenn es mit staatlichen Stellen zu Kooperationen kommt. Es fungiere als „Vermittler“ zwischen dem Staat, „den neuen Bojaren der Wirtschaft und den wehrlosen Verbrauchern und Unternehmern“ Rußlands (Luttwak: 53ff).

¹⁴⁸ Vgl. Dixon 1996: 100f, 104; Kraan 1996: 238ff

Produktivität und erhöhter Sterblichkeit der Drogenkonsumenten belastet, die die Vereinten Nationen z. B. für Australien und Kanada auf über 50 Prozent der durch Drogenmißbrauch anfallenden Kosten beziffern.¹⁴⁹ Die rußländische Gesellschaft ist aufgrund ihres (noch) hohen Entwicklungsstandes weitgehend durch eine komplex arbeitsteilige Gesellschaft gekennzeichnet und daher durch solche Kosten relativ verletzbar.

Neben dem wirtschaftlichen Gewicht des organisierten Verbrechens ist der Staat durch Korruption, die unzureichende Durchsetzung formal geltenden Rechts, Willkür und mangelhafte Organisationsleistungen delegitimiert. Das erschütterte Vertrauen der Bürger in die staatliche Ordnung stellt insofern eine Gefahr dar, als „letztendlich jeder Bürger seinen Schutz unter größten Kosten für den gesellschaftlichen Konsens in die eigene Hand [zu] nehmen [droht]. Die erfolgreiche Durchführung gesellschaftlicher Aufgaben wäre in einer solchen Situation kaum mehr vorstellbar“.¹⁵⁰ Der Finanzkapitalismus der letzten Jahre hatte, obwohl nicht auf einer produktiven Basis fußend, zumindest in den größeren Städten eine kleine Mittelschicht entstehen lassen. Durch den Zusammenbruch des rußländischen Finanzsystems im August 1998 wurde dieser potentielle Träger zivilgesellschaftlichen Engagements zum dritten Mal nach den Hyperinflationen von 1992 und 1994 zerstört und damit seiner politischen Handlungsfähigkeit weitgehend beraubt. Die Finanzkrise hat offenbart, daß Rußland eigentlich mit einer weitaus dramatischeren Wirtschaftskrise kämpft, die wiederum Ausdruck der Krise des politischen Systems ist. Der Bevölkerung fehlt schlicht das Vertrauen in ihren Staat, das wie funktionierende gesellschaftliche Werte und Normen eine wesentliche Voraussetzung für die Befreiung von der Geisel des organisierten Verbrechens wäre. Die Gefahr einer Zerstörung des rußländischen Staates durch die derzeitigen kriminellen Entscheidungsträger ist für Rußland jedoch gering, da sie ihre Interessen (beständige Gewinnmaximierung und keine Strafverfolgung) im bestehenden, politisch geschwächten System bestens verwirklicht wissen. Soweit es sich um einen steuerbaren Prozeß handelt, sind sie also paradoxerweise die Garanten eines schwachen Staates. Ihnen droht nur Gefahr, wenn das System wegen Staatsbankrotts an den Rand des Abgrunds gerät wie zuletzt im August 1998 oder durch weitere Delegitimation in der Bevölkerung infolge revolutionärer Umbrüche zusammenbricht.

5.2 Drogenpolitik zur Reduzierung des Angebots

Die Reduzierung des Drogenangebots ist derzeit ein vorrangiges Ziel für Rußland.¹⁵¹ Die Drogenkontrolle krankt wie die der meisten Transformationsländer im Osten Europas jedoch an einer Reihe von Problemen: Polizei und Grenzschützer sind nur unzureichend ausgerüstet, um Kriminalität im Drogenbereich zu bekämpfen oder auch nur zu überwa

¹⁴⁹ UNDCP 1997b: 15. Dieser Begriff von Produktivität ist zweifelsohne fragwürdig, da er den Menschen auf eine ökonomische Größe reduziert und ein bestimmtes Quantum an Produktivität voraussetzt. Darüber hinaus erscheint der Ansatz, den „Wert des Verlustes eines Menschenlebens für die Gesellschaft auf der Basis des Einkommens“ (ebda: 15) zu schätzen, ebenso zynisch wie unvollständig, da die Rentenkassen durch „vorzeitiges Ableben“ doch entlastet werden.

¹⁵⁰ Lange 1997: 21

¹⁵¹ Folgt man der illegalen Märkten inhärenten Logik, dann ist dieses Verhalten widersinnig, da ein geringeres Angebot an Drogen zu höheren Preisen führen würde. Dies brächte noch höhere Gewinne für das organisierte Verbrechen mit sich; auf Seiten der Konsumenten würde sich die Qualität der Drogen verschlechtern, die Beschaffungskriminalität ansteigen und weniger Geld der Konsumenten für medizinische Vorsorge zur Verfügung stehen. Obwohl die Angebotsreduzierung also aus der Sicht ökonomischer Logik zum Scheitern verurteilt ist, soll im folgenden gezeigt werden, mit welchen Problemen diese Politik in Rußland zusätzlich konfrontiert ist.

chen. Die Erfahrungen des sich im Aufbau befindlichen institutionellen Umfelds mit Schmuggel und Drogensucht sind eher bescheiden. Schließlich hat es lange Zeit an einem rechtlichen Rahmen gefehlt, der die Bekämpfung von Drogendelikten ermöglicht hätte.

Erst 1995 reagierte die rußländische Regierung auf diese Mängel. Sie stellte ebenso lapidar wie aufrichtig fest, daß das Fehlen eines Systems zur Kontrolle von Einkünften und Geldoperationen rußländischen und ausländischen Drogenringen nicht nur die Möglichkeit gibt, Geldwäsche im großen Stil zu betreiben, sondern es ihnen erlaubt, in die Volkswirtschaft einzudringen und die kriminell erworbenen Gelder für die Bestechung von Beamten zu verwenden.¹⁵² Auf föderaler Ebene wurde deshalb ein Aktionsprogramm für die Jahre 1995-97 gegen Drogenmißbrauch und den illegalen Handel mit Drogen verabschiedet, das auch das föderale Aktionsprogramm für den Kampf gegen das Verbrechen für 1994/95 berücksichtigt. Ein gleichlautendes Programm wurde für die Jahre 1998-2000 aufgelegt. Die zugesagten Mittel von 85 Mrd. Rubel (damals ca. 30 Mio. DM) wurden aber wegen der chronischen Finanzkrise Rußlands weitgehend nicht ausbezahlt. Der damalige Premierminister Sergej Stepašin und seine Regierung richteten daher im Mai 1999 einen außerbudgetären Fond zur Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen gegen Drogenhandel und –mißbrauch ein. Der Fond soll durch juristische und Privatpersonen aus dem In- und Ausland finanziert werden.¹⁵³

Der wirtschaftliche Niedergang Rußlands brachte auch den weitgehenden Verlust des Gewaltmonopols mit sich, wodurch der politische Handlungsspielraum weiter eingeschränkt wurde. Polizei und Grenzschutz fehlen die materiellen und personellen Ressourcen, um den Drogenhandel zu unterbinden, den Transit durch Grenzkontrollen zu verhindern und den Anbau von Drogen zu überwachen. Da Rußland die meisten seiner Beamten nur schlecht und verspätet bezahlen kann, besteht für qualifizierte Kräfte ein großer Anreiz in den privaten Sektor abzuwandern. Auf der anderen Seite sind es gerade kriminelle Vereinigungen, die sich aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten zum Schutz der drogenrelevanten Bereiche Sicherheitsdienste anheuern können.

Aufgrund mangelnder Kontrollinstanzen sind zudem der Korruption Tür und Tor geöffnet, die mittlerweile auch von offizieller Seite als Gefahr für den Staat auf allen Ebenen angesehen wird.¹⁵⁴ So ist z. B. das „Wegschauen“ an den Staats-, Bezirks- und Stadtgrenzen um Drogentransporter passieren zu lassen zu einfach: Wer will es einem unterbezahlten Grenzsoldaten, Zöllner, Polizisten oder Mitarbeiter der Staatssicherheit verübeln, daß er dafür die Hand aufhält anstatt das Leben seiner Familie zu riskieren? Dieses Verhalten setzt sich – wenn auch nicht immer aus finanzieller Not – auf anderer Ebene fort. In der Stadt Moskau existiert seit November 1997 ein Gesetz über Maßnahmen gegen Organisationen und Unternehmen, die Drogensucht fördern. Bislang sind jedoch trotz vollmundiger Ankündigungen¹⁵⁵ offenbar noch keine der einschlägig bekannten Clubs und Diskotheken, in denen Drogen verkauft werden, verwarnet oder geschlossen worden.¹⁵⁶ Selbst auf höchster Ebene herrscht Korruption gegenüber dem Drogengeschäft. Davon zeugt etwa die illegale Einfuhr von Drogen mit Erlaubnis des damaligen stellver

¹⁵² Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii 1995: 2

¹⁵³ Yeltsin Instructs Govt To Set Up Drug Control Fund, *ITAR-TASS*, 29.12.98*; Interior Minister Holds Commission Meeting On Drug Control, *ITAR-TASS*, 30.12.98*; Government Sets Up Federal Extra-Budgetary Drug, *ITAR-TASS*, 25.5.99*.

¹⁵⁴ Corruption Seen As Growing Threat, *RFE/RL Newline*, 28.12.1998. <http://search.rferl.org/newline/1998/03/281298.html>.

¹⁵⁵ Moscow To Take Special Measures Against Drug Abuse, *ITAR-TASS*, 29.1.99*

¹⁵⁶ Narkotiki – ne atribut demokratii, *Izvestija*, 13.3.98, S.1

tretenden Gesundheitsministers Vasilij Agapov, die dann von pharmazeutischen Scheinfirmen vertrieben wurden.¹⁵⁷ Dies legt den Schluss nahe, daß der Wille zur Veränderung bislang nicht ausreichend vorhanden ist, sondern selbst Teile der Staatsmacht, sei es aus Angst oder verantwortungsloser Geldgier, ihre schützende Hand über das Drogengeschäft halten.¹⁵⁸

Die Erfahrungen der rußländischen Behörden bei der Bekämpfung des Drogenangebots und ihre bislang ergriffenen Maßnahmen sind zwangsläufig noch sehr bescheiden. Die Einführung eines detaillierten Systems zur Kontrolle der Ein- und Ausfuhr von Drogen und Vorprodukten im Jahre 1996 zeigt das Bemühen, auf neuere Entwicklungen im Drogenhandel zu reagieren.¹⁵⁹ Die Aufhebung der Zollkontrollen zwischen den Staaten der GUS konterkariert die Bemühungen um eine schärfere Überwachung des Drogenhandels und ermöglicht den ungehinderten Transport von Drogen aus den Ländern des Goldenen Halbmonds bis an die polnische Ostgrenze.¹⁶⁰ Immer erfolgreicher werden – wenn auch letztendlich nur mit kosmetischer Wirkung – Programme gegen den Anbau von Drogen umgesetzt, z. B. durch Eradikation der Pflanzen, Angebote zur alternativen Entwicklung und die Strafverfolgung der Erzeuger.¹⁶¹ Diese Programme sind für den Staat teuer und kaum effektiv, da sie den Bestand nur unwesentlich reduzieren helfen.¹⁶² Auch die Endverkaufspreise für Drogen werden dadurch kaum beeinflusst, weil die Gewinnmargen zu Beginn der Kette, also für den Erzeuger, sehr gering sind.¹⁶³

Während das organisierte Verbrechen längst globalisiert ist, gelingt es den Polizei- und Justizbehörden nur langsam, über bilaterale Zusammenarbeit hinausgehende, internationale Kooperationsstrukturen aufzubauen.¹⁶⁴ Der BND beklagt zudem, daß das organisierte Verbrechen durch „korrupte Politiker und Absprachen mit Polizei, Armee, Zollbehörden und der Justiz [...] einen fast unbegrenzten Aktionsradius“ habe, während die internationale Kooperation im Kampf gegen Drogenhandel aufgrund dieser Infiltrierung behindert sei.¹⁶⁵ Mit dem 1991 durch die Zu-

¹⁵⁷ Narkotiki nezakonno vvozili s razrešenija Minzdrava, *Izvestija*, 4.11.95, S.5

¹⁵⁸ Vgl. auch Narkopožar, *Izvestija*, 15.1.98, S.5

¹⁵⁹ Vgl. INCB 1997: 57 sowie die Verordnung Nr. 278/1996 der Regierung der Rußländischen Föderation. In der Verordnung Nr. 930/1996 der Regierung der Rußländischen Föderation werden darüber hinaus die Substanzen und Mengen aufgelistet, die unter das komplexe Ein- und Ausfuhrsystem fallen, darunter jene Drogen der UNO-Konvention von 1988. In diesem Zusammenhang steht auch die Verordnung Nr. 1219 vom 26.9.1997 der Regierung der Rußländischen Föderation über die staatliche Kontrolle und Regulierung des Transits von Drogen.

¹⁶⁰ Vgl. INCB 1997: 59

¹⁶¹ Vgl. CIA 1998 sowie Koschko/Dazkewitsch 1995: 55 zum Programm „Schwarzer Mohn“. Die politische Führung dürfte sich der geringen Effizienz dieser Programme durchaus bewusst sein. Hierbei spielt aber auch eine Rolle, daß internationale Hilfe insbesondere von Seiten der USA, die eine repressive Drogenpolitik forcieren, andernfalls ausbleiben drohte. Zu inhaltlichen Fragen von Eradikationsprogrammen im Rahmen westlicher Entwicklungshilfe vgl. Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 1995.

¹⁶² Es ist nicht auszuschließen, daß Drogenbauern, die den lokalen Behörden in der Regel bekannt sind, bestimmte kleinere Anbauflächen zur Umwandlung anbieten, „damit Beschlagnahmungsquoten eingehalten werden und Regierungsbehörden ihre Entschlossenheit im Kampf gegen Drogen demonstrieren können“ (Bezani 1996: 6). Die Vereinten Nationen haben daher auf dem Weltrogengipfel 1998 umfangreiche und ineinander greifende Maßnahmen zur Demokratisierung und wirtschaftlichen Entwicklung von Anbaugebieten beschlossen. Dabei wurde festgestellt, daß in ländlichen Gebieten mit geringer Produktivität Strategien zur alternativen Entwicklung nachhaltiger und sozial wie wirtschaftlich angemessener seien als erzwungene Eradikation (UNO 1998: 33).

¹⁶³ Vgl. Hess 1992 21f.

¹⁶⁴ Die Rußländische Föderation hat inzwischen mit über 50 Staaten bilaterale Abkommen zur Zusammenarbeit gegen Drogen unterzeichnet (UNDCP 1996: 7), so am 3.5.1999 mit Deutschland eine Übereinkunft über die Vertiefung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

¹⁶⁵ Police Seen Powerless Against Innovative Drug Traffickers, *Algemeen Dagblad*, 16.9.96 (nach *FBIS*

sammenlegung verschiedener Einheiten geschaffenen Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen (UNDCP) wurde eine globale Plattform geschaffen, die diesem Missstand Abhilfe schaffen und durch vielfältige Maßnahmen internationale Kooperation ermöglichen und steuern soll. Die drei UNO-Konventionen zu Drogen wurden unterzeichnet, ratifiziert und fanden Niederschlag in entsprechenden nationalen Gesetzen. Des Weiteren beteiligt sich Rußland in zunehmendem Maße an Anti-Drogen-Programmen der Weltzollbehörde und Interpol.¹⁶⁶ 1997 schließlich wurde von UNDCP eigens eine Konferenz in Moskau einberufen, die den spezifischen Drogenproblemen Rußlands und der anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion gewidmet war.¹⁶⁷

Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion war der Abschluss des Kiewer „Vertrags über interregionale Kooperation von Drogenermittlungen“ im Jahre 1992 ein erster Schritt zu länderübergreifenden Maßnahmen im Kampf gegen Drogen. Angesichts der politischen Schwäche der GUS ist die Effektivität vieler Abkommen und Einrichtungen jedoch zweifelhaft. Die jüngsten Entwürfe eines Abkommens sowie die Einrichtung eines gemeinsamen Zentrums für den Kampf gegen Drogenabhängigkeit und Drogenhandel sind dennoch zu begrüßen.¹⁶⁸

Auf europäischer Ebene hat die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union im Rahmen des TACIS-Programms und des Kooperationsvertrages von 1997 bislang noch keine konkreten Maßnahmen zur Drogenbekämpfung hervorgebracht. Diese sind aber für die Zukunft vorgesehen.¹⁶⁹ Inwieweit dazu die Zusammenarbeit mit der 1993 gegründeten Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht der EU (EMCDDA) gestaltet werden kann, ist noch unklar. Seit der 1996 erfolgten Aufnahme in den Europarat ist Rußland auch an den Programmen der Pompidou-Gruppe beteiligt. Hierbei handelt es sich um eine Kooperationsgruppe zum Kampf gegen Drogenmissbrauch und den illegalen Handel mit Drogen. In diesem Rahmen wird rußländisches Personal im medizinisch-sozialen Bereich und Strafvollzugsbereich durch westliche Experten geschult. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt hier auf Maßnahmen zur Reduzierung der Nachfrage.

Der politische Handlungsspielraum der angebotsbekämpfenden Drogenpolitik Rußlands ist wie gesehen einerseits durch die Wertekrise und insbesondere durch die anhaltende Wirtschaftskrise stark eingeschränkt. Er hat sich andererseits erweitert, da Rußland – zumindest formal – ein Rechtsstaat im westlichen Sinne geworden ist.¹⁷⁰ Die nationale Gesetzgebung im Drogenbereich hat sich in den letzten zehn Jahren mehrfach geändert. So war z. B. der Konsum und der Besitz kleiner Mengen von Drogen seit 1992 kein Straftatbestand mehr. Diese Entscheidung wurde schon bald wieder in Frage gestellt und heftig diskutiert.¹⁷¹ Erst seit 1996 sind jedoch weitere, dafür ausgereifte und ineinandergreifende

Document Number: FBIS-WEU-96-181. <http://wnc.fedworld.gov/ntis/home.html>).

¹⁶⁶ Vgl. UNDCP 1996: 7

¹⁶⁷ Vgl. UNDCP 1997c; Moskauer Konferenz zur Bekämpfung des Drogenhandels (ORT), Osteuropa-Monitor der DW, 17.4.1997

¹⁶⁸ CIS Experts To Draft Collective Anti-Drug Measures, *ITAR-TASS*, 1.2.99*

¹⁶⁹ Vgl. Titel VII Art. 82 und Titel VIII Art. 84 des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Rußländischen Föderation und der Europäischen Union.

¹⁷⁰ Die juristischen Normen sind als erste Voraussetzung für eine Veränderung der gesellschaftlichen Normen und der Verfassungswirklichkeit inzwischen vorhanden. Gleichwohl ist derzeit nicht absehbar, wann sich starke Institutionen entwickeln werden, die dem Recht Geltung verschaffen.

¹⁷¹ Vgl. CoE 1995: 3, 5

Gesetzeswerke verabschiedet worden¹⁷²: Von zentraler Bedeutung ist das neue Strafgesetzbuch, das am 1.1.1997 in Kraft getreten ist.¹⁷³ Für den Handel mit Drogen werden dort neue Kategorien geschaffen und sehr viel härtere Strafen verhängt, z. B. für den Schmuggel von Drogen (Art. 188), den Anbau, Besitz, Gebrauch und Verkauf von Drogen und die Anstiftung Minderjähriger zum Gebrauch von Drogen (Art. 228-234). Gegen Personen, die unter dem Einfluß von Drogen Straftaten begangen haben, können gerichtlich sogar medizinische Zwangsmaßnahmen zum Entzug verhängt werden (Art. 97 und 98). Auch Geldwäsche ist mit dem neuen Strafgesetzbuch zum Straftatbestand geworden (Art. 174).¹⁷⁴

1998 trat schließlich das Bundesgesetz über Suchtstoffe und psychotrope Stoffe in Kraft, das über die oben geschilderten Verordnungen aus den Jahren 1996 und 1997 zum Handel und Transit von Drogen hinausgehend sehr detailliert den legalen und illegalen Umgang mit Drogen regelt.¹⁷⁵ Dadurch können nun Straftatbestände wie Geldwäsche und Handel mit Drogen und Vorprodukten verfolgt werden, die auch in die gesetzlichen Bestimmungen der meisten OECD-Ländern erst seit Mitte der 80er Jahre aufgenommen wurden. Die Gesetzgebung der Rußländischen Föderation verfügt damit über einen an internationale Standards heranreichenden gesetzlichen Rahmen, der den Kampf gegen Drogen auf vielen Ebenen zumindest rechtlich ermöglicht.

6. Empfehlungen

„Èto delat“ – was ist zu tun?“ lautet die immer wieder gestellte Frage, deren Beantwortung sich nicht in dem mit Rußland häufig assoziierten Fatalismus erschöpfen darf. Will man eine Drogenpolitik skizzieren, die Rußland einen realistischen Weg in die Zukunft weisen kann, so müssen Ziele und Wege auf die Bedingungen in Rußland abgestimmt werden.

Dabei sollten zwei Hauptziele verfolgt werden: erstens, Hilfe für Suchtkranke und deren Rehabilitation sowie, zweitens, Prävention von Drogensucht. Diese orientieren sich am langfristigen Wohl der gesamten Bevölkerung und gehen dabei von einem entsprechend liberalen Staatsverständnis aus. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses Staatsverständnis für Rußland verfehlt ist und von weiten Teilen der Bevölkerung derzeit nicht geteilt wird. Es geht jedoch nicht darum, von außen Lösungen vorzuschreiben oder westliche Modelle unreflektiert zu übertragen. Dies wird von der rußländischen Bevölkerung inzwischen vehement abgelehnt. Ziel kann es daher nur sein, Erfahrungen und Überlegungen vorzustellen, die sich andernorts bewährt haben, um deren Verwendung in einem anderen Kontext zu ermöglichen.

Entkriminalisierung und Legalisierung sind die zwei Elemente nichtrepressiver Drogenpolitik, die in der westeuropäischen Diskussion zur Erreichung dieser Hauptziele am häufigsten Erwähnung finden. Unter Entkriminalisierung versteht man die Aufhebung der

¹⁷² In Kapitel 3 wurde bereits auf die Verordnung der Staatsduma Nr. 3384-II vom 16.12.1998 hingewiesen, durch die präventive Maßnahmen gegen Drogensucht unter Kindern und Jugendlichen ergriffen werden sollen.

¹⁷³ Ugolovnyj Kodeks Rossijskoj Federacii; Bundesgesetz Nr. 63 vom 13.6.96; vgl. Kalachev/Avdienko 1997: 26

¹⁷⁴ Vgl. Pleines 1998: 27f

¹⁷⁵ Bundesgesetz Nr. 3 vom 8.1.1998.

Strafbarkeit des Besitzes kleiner Mengen von Drogen für den persönlichen Gebrauch und der Auflagen, die als drogenabhängig Registrierten gemacht werden. Legalisierung meint den legalen Vertrieb bestimmter derzeit verbotener Drogen und umfaßt damit eine ganze Reihe von Möglichkeiten vom ungehinderten Verkauf auf dem freien Markt wie z. B. Alkohol in den meisten Ländern Europas bis zur staatlich kontrollierten Abgabe ausschließlich an entzugswillige Süchtige. Es gibt also nicht eine für alle optimale Lösung, statt dessen müssen sich Staat und Gesellschaft eines Landes entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten und Bedingungen des Landes für Varianten von Entkriminalisierung und Legalisierung entscheiden und diese anwenden.

6.1 Prämissen, Ziele und Lösungsansätze

Eines der wichtigsten Ziele jeder Drogenpolitik, wenn nicht das wichtigste, ist die Hilfe für Suchtkranke, um ihre Abhängigkeit letztendlich zu überwinden und sie wieder in die Gesellschaft zu integrieren.¹⁷⁶ Dies ist bisher in Rußland noch weniger gelungen als in Westeuropa. Durch Entkriminalisierung der Abhängigen nach dem Prinzip "Therapie statt Strafe" könnte die Resozialisierung verbessert und so langfristig die Drogennachfrage reduziert werden. Dazu sollten Drogenbesitz und -konsum von Eigenbedarfsmengen weiterhin straffrei bleiben, die mit der Meldepflicht verbundenen Auflagen müssen aufgehoben werden.

Zum zweiten gilt es zu verhindern, daß Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, zum Drogenkonsum verleitet und abhängig werden. Im Bereich der Prävention hat die bisherige Drogenpolitik in Westeuropa durch Aufklärung über die gesundheitlichen Gefahren von Drogen in Schulen und Jugendzentren einige Erfolge erzielen können. In Rußland dagegen sind solche Programme bislang kaum entwickelt; sie laufen außerdem zumeist nur in den Hauptstädten. Die Wirksamkeit von Strafandrohungen ist umstritten. Zumindest erschwert die Kriminalisierung von Drogenabhängigen deren Behandlung als Suchtkranke. Die Illegalität von Drogen erzeugt exorbitante Gewinnspannen und damit einen Angebotsdruck, der zur aggressiven Verführung von Kindern und Jugendlichen zum Drogenkonsum beiträgt.

Gesellschaften müssen akzeptieren, daß in ihnen immer eine bestimmte Nachfrage nach Rauschmitteln bestehen wird, unabhängig davon, ob das jeweilige Gift legal oder illegal ist, wie gefährlich es für die Gesundheit ist und ob sein Gebrauch von der Mehrheit der Gesellschaft sanktioniert wird oder nicht. Es wäre unrealistisch anzunehmen, daß die Zahl der von illegalen Drogen Abhängigen jene der Nikotinsüchtigen und Alkoholiker auch nur annähernd erreichen würde, selbst wenn Haschisch und Heroin so frei zugänglich wären wie Tabakwaren und Spirituosen. Eine wie auch immer geartete Form der Legalisierung würde jedoch die sozialen Begleiterscheinungen beseitigen, die allein der Illegalität geschuldet sind.¹⁷⁷ Aufgrund der sozialen und medizinischen Bedingungen ist Rußland davon im besonderen Maße betroffen (s. Kapitel 4.2).

So paradox es klingen mag, Drogensucht scheint sich durch den Staat am besten bekämpfen zu

¹⁷⁶ In dieses Ziel mit eingeschlossen ist die Vermeidung der Ausbreitung von Krankheiten wie AIDS, Hepatitis und Syphilis.

¹⁷⁷ So ist Beschaffungskriminalität von Heroinsüchtigen eine Folge des Drogenpreises; die hohe Sterblichkeit rührt überwiegend von unbekanntem Reinheitsgrad und gefährlichen Beigaben im Heroin her; die Verbreitung von AIDS und anderen Krankheiten steht in engem Zusammenhang mit dem Spritzen der Droge, das den schnellsten und vor Strafverfolgung sichersten Weg des Konsums darstellt (Reuter/MacCoun 1995: 44).

lassen, indem dieser selbst zum „Dealer“ wird. Die ärztlich kontrollierte Vergabe von Originalstoffen ist laut einem Schweizer Modellversuch nicht nur den Abhängigen und ihren Angehörigen zugute gekommen, bei denen der milieubedingte Teufelskreis aus Sucht, Kriminalität und sozialer Verelendung in den meisten Fällen erfolgreich durchbrochen werden konnte. Dem Abschlußbericht zufolge weist der Versuch auch einen erheblichen volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen von insgesamt über 25 Euro pro Patient und Tag auf.¹⁷⁸ Die Anpassung solcher Programme an die Bedingungen in Rußland birgt große Schwierigkeiten. So besteht z. B. bei der staatlichen Abgabe von Heroin die Gefahr, daß sich das organisierte Verbrechen der behördlichen Distributionskanäle bemächtigen würde, um vermehrt Heroin auf den westeuropäischen Märkten zu verkaufen. Vor der Übertragung von im Westen erprobten Konzepten müssen daher die rußländischen Bedingungen genau analysiert werden. Dessen ungeachtet kann sich die Anwendung von auf Entkriminalisierung und Legalisierung fußenden Konzepten in anderen Ländern als positiv bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens auch in Rußland erweisen.

Die Erkenntnis, daß Entkriminalisierung und Legalisierung mehr Vor- als Nachteile gegenüber einer repressiven und einseitig auf die Angebotsseite ausgerichteten Drogenpolitik haben könnten, schlägt sich allmählich in der Gesundheitspolitik Internationaler Organisationen und einiger westeuropäischer Staaten nieder.¹⁷⁹ Die neuesten Texte der Vereinten Nationen deuten auf ein Umdenken hin. Danach wird die Kontrolle des Angebots alleine nicht mehr als hilfreich betrachtet: So hob die Generalversammlung den Erhalt der Gesundheit von Drogenkonsumenten auf die gleiche Stufe wie die Prävention. Im Juni 1998 beschloss sie, daß die Kontrolle der Nachfrage und des Angebots gleichrangig verfolgt werden sollten.¹⁸⁰

Da internationale Entscheidungen meist auf der Grundlage nationaler Erfahrungen getroffen werden und auch Hilfe für andere Staaten sich an der nationalen Politik orientiert, hat die Drogenpolitik insbesondere westeuropäischer (Geber-)Staaten Einfluß auf Rußland und verdient insofern Beachtung. So schlägt z. B. die französische interministerielle Kommission für den Kampf gegen Drogen und Sucht (Mildt) in einem aufsehenerregenden Bericht, der die Grundlage für das kommende Dreijahresprogramm der Regierung Jospin bildet, einen völlig neuen gesundheitspolitischen Umgang mit Drogen vor. Die verschiedenen bewußtseinsverändernden Substanzen werden dort in drei Gruppen eingeteilt, jedoch nicht nach ihrem derzeitigen rechtlichen Status, sondern nach ihrer gesundheitlichen Gefährlichkeit.¹⁸¹ Ähnlich wie in Großbritannien und Schweden wurde vor kurzem auch in der Schweiz ein Modellversuch zur ärztlich kontrollierten Vergabe von Heroin an Schwerstabhängige durchgeführt, die den Ausstieg aus der Heroinab-

¹⁷⁸ Der psychische und physische Gesundheitszustand der Patienten habe sich u. a. wegen des fehlenden Beschaffungsdrucks und der kontrollierten Qualität der Drogen außerordentlich verbessert. Auch die Rückfallquote während und nach der Behandlung sei aufgrund des veränderten sozialen Umfelds extrem gering. Die Wohnsituation der Patienten habe sich daher ebenso wie ihre Arbeitsfähigkeit verbessert, so daß in Zukunft einige der Kosten für Sozialhilfe- und Arbeitslosenversicherungsträger gespart werden könnten. Der größte Teil der Einsparungen würde jedoch auf verschiedene Strafuntersuchungen, Gefängnisaufenthalte und Krankenkassenkosten entfallen. Die Allgemeinheit profitiere bei der kostenlosen Originalstoffvergabe zudem von der signifikant zurückgehenden Beschaffungskriminalität (Uchtenhagen u. a. 1997: 5ff). Zum ökonomischen Nutzen ebda. 8.

¹⁷⁹ Vorreiter dieser Politik sind die Niederlande, wo schon seit vielen Jahren die gesundheitlichen Aspekte stärker im Vordergrund stehen und Hanfprodukte zum Eigengebrauch in Coffeeshops gekauft werden können.

¹⁸⁰ Vgl. UNO 1998: 3ff

¹⁸¹ Vgl. Drogues: le rapport qui change tout, *Le Monde*, 8.1.99: 1,10, 16. So finden sich in der ersten Gruppe Heroin und andere Opiate, Kokain und Alkohol, in der zweiten Tabak sowie die meisten synthetischen Drogen (z. B. „Ecstasy“ und LSD), in der dritten Gruppe dagegen die Cannabisprodukte Haschisch und Marihuana, deren Schädlichkeit als gering eingestuft wird.

hängigkeit versuchen wollen. Auch in Deutschland hat ein Wechsel in der Drogenpolitik stattgefunden. Dieser manifestiert sich in der Verlagerung weiter Zuständigkeitsbereiche vom Innen- ins Gesundheitsministerium¹⁸² sowie in dem Vorhaben Modellversuche zur Originalstoffvergabe wie in der Schweiz zu starten und Fixerstuben wie in Hamburg oder Frankfurt am Main auf eine rechtliche Grundlage zu stellen.

Diese Stimmungslage nationaler wie internationaler Drogenpolitik gilt es in Rußland bei der Formulierung einer nationalen Drogenpolitik zu berücksichtigen, da Rußland auf Hilfe anderer Staaten angewiesen ist. Von dem Wandel in der westeuropäischen Drogenpolitik ist Rußland weit entfernt. Die westlichen Länder sollten jedoch im eigenen Interesse Rußland bei der Bewältigung des Drogenproblems helfen.

Um die genannten Ziele zu erreichen, ist es neben nachfrageorientierten Maßnahmen wie der Entkriminalisierung notwendig, Handel und Produktion von Drogen zu unterbinden. Mit den bisherigen Methoden ist eine Reduzierung des Angebots von Drogen jedoch nicht nennenswert gelungen und bei realistischer Betrachtung auch kaum möglich: Die Geschäftsfähigkeit des internationalen Drogenbusiness wird selbst durch Beschlagnahmungen von derzeit schätzungsweise fünf bis zwanzig Prozent der weltweiten illegalen Drogenproduktion in keiner Weise beeinträchtigt. Der Handel kann auf so große Vorkommen zurückgreifen, daß auch höhere Aufgriffe nicht zu Versorgungsengpässen führen würden.¹⁸³ Preissteigerungen, die eventuell die Nachfrage senken könnten, sind somit nicht zu erreichen.¹⁸⁴ Der Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen und Leiter des Drogenkontrollprogramms UNDCP, Pino Arlacchi, hat andererseits auf dem Weltrogengipfel 1998 erklärt, der Anbau von Koka und Mohn könne binnen zehn bis fünfzehn Jahren gestoppt werden, wenn der politische Wille vorhanden wäre.¹⁸⁵ Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat sich dort Fristen bis zum Jahr 2003 bzw. 2008 gesetzt; bis dahin sollen die Produktion und der Konsum von Drogen signifikant reduziert werden.¹⁸⁶ Beide Ansätze – Beschlagnahmung und Maßnahmen zur Reduzierung des Anbaus – konzentrieren sich auf die Angebotsbekämpfung, doch lassen sich in Rußland aus den beschriebenen Gründen kaum verwirklichen.

Anhänger einer repressiven Drogenpolitik gehen zumeist von der Annahme aus, daß eine Verknappung des Angebots aufgrund der Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels höhere Preise für die Endverbraucher zur Folge hätte. Die Endverbraucher würden dann

¹⁸² Vgl. BMG 1999: 1

¹⁸³ Vgl. Hess 1992: 21

¹⁸⁴ Nach Schätzungen der Vereinten Nationen müssten mindestens 75 Prozent des internationalen Drogenaufkommens beschlagnahmt werden, um die Profitabilität des Drogenhandels signifikant zu senken (UNDCP 1997a: 123).

¹⁸⁵ Vgl. Csongos, Frank T.: UN Convenes Global Drug Summit, *RFE/RL*, 4.6.1998. <http://search.rferl.org/nca/features/1998/06/F.RU.980604131924.html>. Die mitunter beachtliche Wirksamkeit einer Politik, die auf die Reduzierung des Angebots ausgerichtet ist, soll nicht bestritten werden. So hat etwa die Einführung der Todesstrafe für Drogendelikte im Iran einen erheblichen Rückgang des Drogenverkehrs im Iran zur Folge gehabt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Transport von Drogen dadurch in die mittelasiatischen Republiken verschoben wurde. Global betrachtet ist also nicht das Aufkommen, sondern nur der Weg beeinflusst worden (vgl. Karaganov u. a. 1998: 7; Lange 1996: 15).

¹⁸⁶ Vgl. UNO 1998: 5f

aus finanziellen Gründen auf den Konsum der zu teuer gewordenen Drogen verzichten. Verschiedene Studien sind zwar entgegen früheren Annahmen zu dem Ergebnis gekommen, daß Drogenkonsumenten und selbst Drogenabhängige den Gebrauch unterbrechen (oder auf andere Suchtmittel ausweichen) können, wenn kein Suchtstoff zur Verfügung steht oder dieser zu teuer ist. Der Konsum von Drogen korrespondiert aber in weitaus geringerem Maße als andere Güter und Dienstleistungen mit dem Preis der Ware.¹⁸⁷ Daneben ist zu berücksichtigen, daß präventive Maßnahmen wie Aufklärung in den Schulen die Nachfrage nach Drogen reduzieren können, wodurch die Preise (theoretisch) fallen. Die niedrigen Preise führen dann jedoch nicht wie erwartet zu einem Anstieg des Konsums.¹⁸⁸

Die regulierte Legalisierung verschiedener Drogen dagegen würde einem Preisverfall Vorschub leisten. In Verbindung mit einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit zur Angebotsreduzierung etwa im Rahmen des Drogenkontrollprogramms der Vereinten Nationen (UNDCP) und der Europäischen Union (EMCDDA) wie auch im Bereich der Reduzierung der Nachfrage, z. B. im Rahmen der Programme des Europarats (Pompidou-Gruppe), könnten so die Produktion von Drogen und der Handel mit ihnen empfindlich getroffen werden. Der Journalist Lev Timofeev spricht gar davon, daß Rußland und der gesamten Staatengemeinschaft auf lange Sicht keine Alternative zur völligen Legalisierung von Drogen bleibt, um die Entwicklung von Schattenwirtschaft und organisiertem Verbrechen aufzuhalten, „die heute schon die Effektivität der traditionellen europäischen Formen staatlicher Macht in Zweifel stellen.“¹⁸⁹

6.2 Internationale Verantwortung

„Die Entscheidung zur Herstellung von Drogen wird von Menschen getroffen“, schreibt Timofeev. Die Entscheidung keine Drogen herzustellen oder gar gegen die Produktion von Drogen vorzugehen, würde auch von Menschen getroffen, wenn sie denn die Chance zu einer freien Entscheidung hätten. Trotz der an die Höhepunkte des italienischen Mafia-Terrors erinnernden kaltblütigen Morde an Journalisten und Abgeordneten in Rußland in den vergangenen Jahren sind ähnliche Reaktionen von Gesellschaft und Justiz wie in Italien das „Netz gegen die Mafia“ oder die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsaktivitäten „Saubere Hände“ im Kampf gegen Korruption in Rußland bislang nicht erfolgt. Auch die Exekutive ist zu schwach oder unwillig um im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und in der Drogenpolitik wirksame Akzente zu setzen. Daher obliegt es insbesondere den Staaten in Westeuropa und den USA Maßnahmen zu ergreifen, die das globale Drogenproblem angehen und Rußland bei der Implementierung einer wirkungsvollen Drogenpolitik zur Seite stehen. Diese Länder verfügen über die nötigen finanziellen wie personellen Ressourcen und über langjährige (auch schmerzhaft) Erfahrungen im Umgang mit Drogenproblemen sowohl auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite. Das Engagement dieser Länder liegt angesichts der beschriebenen Gefahren, die vom Drogengeschäft nicht nur für Rußland ausgehen, letztendlich in ihrem eigenen Interesse.

¹⁸⁷ Diese Preiselastizität unterscheidet sich nach den einzelnen Drogen. Überraschenderweise legen die wenigen vorhandenen Studien den Schluß nahe, daß Hanfprodukte die geringste Preiselastizität aufweisen, also die Nachfrage unabhängig vom Preis etwa gleich bleibt. Demgegenüber weisen Kokain und besonders Heroin eine höhere Preiselastizität auf. Zu unterscheiden ist hier darüber hinaus die Preiselastizität für Partizipation, inwiefern die Zahl der Drogenkonsumenten vom Preis der Droge abhängig ist, von der Preiselastizität für die Dosis, d. h. inwiefern die Menge pro Konsument mit dem Preis schwankt (UNDCP 1997b: 23f).

¹⁸⁸ Vgl. UNDCP 1997a: 125; UNDCP 1997b: 23

¹⁸⁹ Zdes' net geroev – odni žertvy, *Moskovskie Novosti* 3/98: 24

Staatliches Engagement stößt jedoch in der Rußländischen Föderation rasch an seine Grenzen. Daher ist es notwendig den privaten Sektor stärker zu fördern, insbesondere Nichtregierungsorganisationen wie z. B. die NAN-Stiftung („Net Alkoholju i Narkotikam“ - „Nein zu Alkohol und Drogen“) oder die Vereinigung „Massenmedien gegen Drogen“. Deren Mitarbeiter sind in lokale Netzwerke eingebunden und kennen daher die Strukturen, Verhaltensweisen und Bedürfnisse vor Ort. Die Hilfe erreicht über die Kooperation mit NRO besser ihr Ziel, wird effizienter eingesetzt und fördert darüber hinaus das selbstverantwortliche Handeln in Rußland. Zweitens ist es erforderlich mehr Hilfe in die Regionen zu lenken. Die großen Städte St. Petersburg und Moskau haben bei allen vorhandenen Unzulänglichkeiten ein Niveau erreicht, das es ihnen ermöglicht selbständiger mit den Schwierigkeiten umzugehen. Die Probleme in den Regionen wurden bislang dagegen kaum wahrgenommen. Die Hauptstädte verfügen zudem über privilegierte Zugangsmöglichkeiten zu westlichen Partnern, während es den Akteuren in den Regionen oft schwerfällt Ansprechpartner und Hilfe aus dem Westen zu finden. Eine wichtige Rolle könnten hierbei Städtepartnerschaften übernehmen, von denen schon einige existieren, die aber über das Niveau gegenseitiger touristischer Besuche und kultureller Austausche oft nicht hinaus kommen. Auch die Kooperation einzelner Einrichtungen wie Krankenhäuser, Verwaltungen und Vereine kann effektiv und nachhaltig zum Transfer von Know-how beitragen.

Die regulierte Abgabe von Drogen in westlichen Ländern sowie die Entkriminalisierung der Abhängigen könnten sich darüber hinaus als hilfreiche Instrumente westlicher Politik gegenüber Rußland erweisen. Die Rauschgiftbekämpfung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit durch den Anbau alternativer Pflanzen, durch materielle und logistische Hilfe für Drogenfahnder und Justizbehörden sowie durch Präventionsmaßnahmen ist oftmals nicht sehr wirksam. Sie können es auch nicht sein, solange die Illegalität von Drogen quasi-monopolisierte Märkte mit entsprechend horrenden Preisen für Produkte ermöglicht, die unter Marktbedingungen nicht teurer als eine Packung Aspirin oder Zigaretten wären. Dies führt zu den bekannten exorbitanten Gewinnen der Drogenhändler, die es ihnen ermöglichen für den Anbau von Drogen Preise zu bezahlen, die kein anderes landwirtschaftliches Erzeugnis jemals erzielen könnte.¹⁹⁰

Viele Menschen sehen für sich daher keine Alternativen zum Anbau von Koka, Mohn oder Hanf. Die Armut treibt auch in Rußland viele dazu, Drogen anzubauen, um ihr Überleben zu sichern. Andere landwirtschaftliche Produkte sind finanziell nicht nur weniger ertragreich, sondern unterliegen stärkeren Preisschwankungen oder sind anfälliger für Mißernten.¹⁹¹ Darüber hinaus werden in manchen Gegenden Bauern auch mit Gewalt zum Anbau von Drogen gezwungen. Die kontrollierte Abgabe von Heroin zum Selbstkostenpreis und vergleichbaren Rauschmitteln an behandlungswillige Abhängige könnte - international forciert - dazu beitragen, die Gewinnmargen im Drogenanbau zu schmälern und so den Anbau alternativer Produkte wieder rentabel zu machen.¹⁹²

Kriegerische Auseinandersetzungen wie etwa in Tadschikistan, Afghanistan und Tschetschenien werden überwiegend durch den Handel mit Drogen finanziert.¹⁹³ Diese Länder

¹⁹⁰ Vgl. UNDCP 1997a: 222

¹⁹¹ Vgl. Lange, 1996: 15

¹⁹² Die Folgen für Länder, deren Deviseneinkünfte überwiegend aus der Produktion von Drogen stammen, wären natürlich eklatant.

¹⁹³ So verfügen z.B. die Taliban in Afghanistan jährlich über schätzungsweise 30 Mio. US-Dollar aus Drogengeschäften (Maaß/Reissner 1998: 116).

befinden sich in einem Teufelskreis, bei dem Kriege und Bürgerkriege den Anbau von Drogen begünstigen und der Verkauf dieser Drogen wiederum die Anschaffung von Waffen ermöglicht.¹⁹⁴ Die bedingte Legalisierung von Drogen könnte dazu beitragen, eine entscheidende Finanzierungsquelle der Kriegsherren auszutrocknen.

Frieden, Freiheit und Entwicklung sind heute in vielen Länder einschließlich Rußland durch organisierte Kriminalität und Epidemien stärker bedroht als durch militärische Eskalation. Das globale Drogenproblem ist ein zentraler Bestandteil dieser Bedrohung. Während Anfang der 90er Jahre diese Entwicklung noch im Fluß war, besteht heute Gewißheit über die anhaltende Bedrohung offener Gesellschaften durch die Unterwanderung durch kriminelle Strukturen und deren Gelder. Die bedingte Legalisierung von Drogen könnte dazu beitragen, dem organisierten Verbrechen eine der wichtigsten Geldquellen zu nehmen und die im Zusammenhang mit illegalem Drogenkonsum stehende Verbreitung von Krankheiten aufzuhalten.

In der Drogenpolitik haben die Akteure meist eher die Wahl zwischen Problemen als zwischen Lösungen. Dies trifft aus den geschilderten Gründen insbesondere für Rußland zu. Politische und wirtschaftliche Stabilität, sozialer Schutz und politische Partizipation sind in Rußland durch das drogenfinanzierte organisierte Verbrechen gefährdet. Die an Erfahrung im Umgang mit Drogen und finanziell reichen Länder haben daher die Verpflichtung Rußland zu helfen, um nicht nur die Gesundheit der Bevölkerung, sondern um individuelle Freiheit und den Fortbestand offener Gesellschaften zu gewährleisten, die durch die globale Gefahr des organisierten Verbrechens bedroht werden. Die Entscheidung zur Herstellung von Drogen wird von Menschen getroffen; die Entscheidung und die Verantwortung, etwas dagegen zu unternehmen, liegt auch bei Menschen: bei Ministern, Mitarbeitern einer NRO vor Ort oder Initiatoren städtepartnerschaftlicher Projekte – bei jeder und jedem von uns auf ihre oder seine Weise.

¹⁹⁴ S. z. B. Maaß/Reissner 1998: 58f, Labrousse: 379ff, Manutscharjan 1998: 6 oder – detailliert aber voreingenommen und einseitig – Surikov 1995: 21ff.

Literatur

- Ahlberg, René (1990a): Die Mafia in der UdSSR. In: *Osteuropa* 2/1990, S. 115-132
- Ahlberg, René (1990b): Drogensucht und Kriminalität in der Sowjetunion. In: *Osteuropa* 4/1990, S. 318 -335
- Arlacchi, Pino (1987): Die kriminelle Gesellschaft und ihre Freunde. In: *Leviathan* 4/1987, S. 544-561
- Bezanis, Lowell A. (1996): An Enlarged Golden Crescent. In: *Transition* 19/1996, S. 6-11
- BMG - Bundesministerium für Gesundheit (1999): Drogen- und Suchtbericht 1998. Bonn
- BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (1995): Rauschgiftbekämpfung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Bonn
- Burrows, Dave u.a. (1998): Training program on HIV prevention among injecting drug users in the Russian Federation. Médecins Sans Frontières – Holland
- CIA - Central Intelligence Agency (1998): World Factbook – Countries – Russia. <http://www.odci.gov/cia>
- Cesoni, Maria-Luisa (1995): Health or Public Order? The Problem of Objectives in National Drug Legislation. In: Estievenart, Georges (Hg.): Politics and Strategies to Combat Drugs in Europe. Florence, Martinus Nijhoff, S. 131-146
- CoE - Council of Europe – Co-operation Group to Combat Drug Abuse and Illicit Trafficking in Drugs (Pompidou Group) (1995): Drug Misusers & The Criminal Justice System. Strasbourg
- CoE - Council of Europe – Co-operation Group to Combat Drug Abuse and Illicit Trafficking in Drugs (Pompidou Group) (1997): Treatment demands in 23 European cities. Annual Update 1996. Trends 1992-1996. Strasbourg
- CoE - Council of Europe – Co-operation Group to Combat Drug Abuse and Illicit Trafficking in Drugs (Pompidou Group) (1998): Multi-city study of drug misuse. City reports. 1996 Update of data. Strasbourg
- Dixon, William (1996): Les aspects économique de l'abus de drogues en Grande-Bretagne. In: Cesoni, Maria-Luisa (Hg.): Usage de stupéfiants. Genève, Georg, S. 97-109
- Engelbrekt, Kjell (1994): Sharp Rise in Drug Trafficking and Abuse in Former East Bloc. In: *RFE/RL Research Report* 9/1994, S. 48-51
- EMCDDA - European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction (1998): Annual Report on the State of the Drugs Problem in the European Union 1998. Lisbon
- GTZ - Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (1999): Drogenprävention und –rehabilitation. Entwicklung und Zusammenarbeit. Dokumentation zum internationalen Workshop Berlin, 16.-21. März 1998. Eschborn
- Halbach, Uwe (1997): Rußlands weiche Grenzen. Teil I: Die Außengrenze. Aktuelle Analyse des BIOst Nr. 13/1997
- Hardinghaus, Nicolás H. (1995): Die Entwicklung der internationalen Drogenwirtschaft. In: *Internationale Politik und Gesellschaft* 1/1995, S. 70-84
- Harkin, Anna May u.a. (1997): Smoking, drinking and drug taking in the European Region. Copenhagen, WHO
- Heinrich, Andreas/Pleines, Heiko (1997): Die Drogenmafia in der GUS. In: *Osteuropa*

1/1997, S. 63-70

Hess, Henner (1992): Drogenpolitik und Drogenkriminalität. Von der Repression zur Entkriminalisierung. In: Neumeyer, Jürgen/Schaich-Walch, Gudrun (Hg.): Zwischen Legalisierung und Normalisierung. Ausstiegsszenarien aus der repressiven Drogenpolitik. Marburg, Schüren, S. 18-42

IWIG - Institut wissenschaftlicher Informationen für Gesellschaftswissenschaften/Institut für Soziologie der Rußländischen Akademie der Wissenschaften (1998): Rußland und seine Regionen. Machtstrukturen und Probleme des rußländischen Föderalismus. Moskau, Friedrich-Ebert-Stiftung

INCB - International Narcotics Control Board (1997): Report of the International Narcotics Control Board for 1996. New York, United Nations

Kalachev, Boris/Avdienko, Sergey (1997): Le nouveau code pénal de la Fédération de Russie. Qualités et défauts. In: *RIPC* 465/1997, S. 22-27.

Karaganov, Sergej u.a. (Hg.) (1998): Drug Addiction in Russia: A Threat to the Nation. Moscow, Council on Foreign and Defence Policy

Keh, Douglas (1996): Drug Money in a Changing World: Economic Reform and Criminal Finance. Vienna, UNDCP

Knabe, Bernd (1993): Das Drogenproblem und die Drogenmafia in den GUS-Staaten. In: *Osteuropa* 2/1993, S. A1-16

Knabe, Bernd (1995): Mafia und Politik in Rußland. In: BIOst (Hg.): Zwischen Krise und Konsolidierung. Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas. München, Hanser, S. 52-64.

Knabe, Bernd (1997): Die „Russenmafia“ und die Kriminalisierung der russischen Gesellschaft. In: *Sowi* 3/1997, S.176-183

Knabe, Bernd (1998): Die System-Mafia als Faktor der sowjetisch-russischen Transformation. Teil II: Die Instrumentalisierung des Organisierten Verbrechens. Berichte des BIOst 48/1998

Korchagina, Galina (1994): An Evaluation of the Drug Abuse Situation among Teenagers in Saint Petersburg. Unveröffentlichtes Manuskript

Koschko, Dimitrij/Dazkewitsch, Aleksandr (1995): Das neue Reich der Drogen. Die russische Mafia auf dem Weg zur Weltmacht? Bonn, Dietz

Kraan, Dirk Jaan (1996): La politique néerlandaise en matière de stupéfiants: une perspective économique. In: Cesoni, Maria-Luisa (Hg.): Usage de stupéfiants. Genève, Georg, S. 226-253

Krusch, Carmen (1996): Drogenpolitik im Wandel der ehemaligen Sowjetunion. Dissertation an der Universität Frankfurt/M.

Labrousse, Alain (1999): Territorien und Netzwerke: das Drogengeschäft. In: Jean, François/Rufin, Jean-Christophe (Hg.): Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburg, Hamburger Edition HIS, S. 379-400

Lallemand, Alain (1997): Die Russische Mafia. Der Griff zur Macht. Das Netzwerk zwischen Moskau, Berlin und New York. München, Lichtenberg

Lange, Keely (1996): When Druglords Are Warlords. In: *Transition* 19/1996, S.15-18

Lange, Klaus (1997): Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK). Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung. München, Hanns-Seidel-Stiftung

- Luneev, V.V. (1996): Organizovannaja prestupnost' v Rossii: osoznanie, istoki, tendencii. In: *Gosudarstvo i pravo* 9/1996, S. 96-109
- Luttwak, Edward (1996): Hat die russische Mafia den Nobelpreis für Ökonomie verdient? In: *Freibeuter* 67 Nr. 3/1996, S. 47-54
- Maaß, Citha D./Reissner, Johannes (Hg.) (1998): Afghanistan und Zentralasien. Entwicklungsdynamik, Konflikte und Konfliktpotential. Teil A: Dachstudie. Ebenhausen, SWP
- Manutscharjan, Aschot (1998): Tadschikistan: Schnittpunkt des „neuen großen Spiels“ in Zentralasien. In: *Aktuelle Analysen des BIOst* 47/1998
- Millar, James (1996): What's Wrong with the Mafiya Anyway? In: Kaminski, Bartłomiej (Hg.): *Economic Transition in Russia and the New States of Eurasia. The International Politics of Eurasia*. New York, Armonk, S. 206-219
- Morvant, Penny (1996): Drug Market Expands in Russia. In: *Transition* 19/1996, S. 19-23
- OGD - Observatoire Géopolitique des Drogues (1996): *Atlas mondial des drogues*. Presses Universitaire de France
- OGD - Observatoire Géopolitique des Drogues (1998): *Rapport mondiale des drogues. Russie*. http://www.ogd.org/rapport/RP05_1_1_RUSSIE.html.
- OGD - Observatoire Géopolitique des Drogues (o.J.): *La Dépêche Internationale des Drogues Nr.23*. <http://www.ogd.org/fr/23ERUFLA.html>
- Pannier, Bruce (1996): Drug Traffic on the Rise in Central Asia. In: *Transition* 19/1996, S.12-14
- Pleines, Heiko (1997): Die Drogenmafia in der GUS – ein bedrohliches Ausmaß. In: *Osteuropa* 1/1997, S. A1-7
- Pleines, Heiko (1998): Korruption und Kriminalität im russischen Bankensektor. *Berichte des BIOst* 28/1998
- Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii (1995): *Federal'naja celewaja programma: kompleksnye mery protivodejstvija zloupotrebleniju narkotikami i ich nezakonnomu oborotu na 1995-1997 gody*. Moskva
- Reuter, Peter (1983): *Disorganized Crime. The Economics of the Visible Hand*. Cambridge, MIT Press
- Reuter, Peter (1996): The Mismeasurement of Illegal Drug Markets. The Implications of Its Irrelevance. In: Pozo, Susan (Hg.): *Exploring the Underground Economy*. Kalamazoo, Upjohn Institute, S. 63-80
- Reuter, Peter/MacCoun, Robert (1995): Assessing the Legalization Debate. In: Estievenart, Georges (Hg.): *Politics and Strategies to Combat Drugs in Europe*. Florence, Martinus Nijhoff, S. 39-50
- Rutland, Peter/Kogan, Natasha (1998): The Russian Mafia: Between Hype and Reality. In: *Transitions* 3/1998. <http://www.omri.cz/transitions/thrusmaf.html>
- Sapper, Manfred (1994): Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka. Münster, LIT
- Sapper, Manfred (1997): Diffuse Militanz in Rußland: Ein Erbe des militarisierten Sozialismus. In: *Berliner Debatte* 8 (1997/6), S. 93-107
- Schmidt-Semisch, Henning (1992): Zwischen Sucht und Genuß. *Notizen zur Drogener-*

- ziehung. In: Neumeyer, Jürgen/Schaich-Walch, Gudrun (Hg.): Zwischen Legalisierung und Normalisierung. Ausstiegsszenarien aus der repressiven Drogenpolitik. Marburg, Schüren, S. 140-147
- Seger, Alexander (1996): *Drugs & Development in the Central Asian Republics*. Bonn, GTZ
- Shlapentokh, Vladimir (1996): Early Feudalism – The Best Parallel for Contemporary Russia. In: *Europe-Asia Studies* 3/1996, S. 393-411
- Stares, Paul B. (1995): The Global Drug Phenomenon: Implications for Policy. In: Estievenart, Georges (Hg.): *Politics and Strategies to Combat Drugs in Europe*. Florence, Martinus Nijhoff, S. 4-26
- Surikov, Anton (1995): *Crime in Russia. The International Implications*. London, Brassey's for the Centre for Defence Studies
- Uchtenhagen, Ambros u.a. (Hg.) (1997): *Versuche für eine ärztliche Verschreibung von Betäubungsmitteln. Abschlußbericht der Forschungsbeauftragten*. Zürich, Institut für Suchtforschung in Verbindung mit der Universität Zürich
- [UNO - United Nations Organisation 1998] Special Session of the General Assembly Devoted to Countering the World Drug Problem Together 8-10 June 1998: Political Declaration, Guiding Principles of Drug Demand Reduction and Measures to Enhance International Cooperation to Counter the World Drug Problem. o.O.
- UNDCP - United Nations International Drug Control Programme (1996): *Technical Consultation on Drug Control Cooperation with the Russian Federation*. Project Document. Vienna
- UNDCP - United Nations International Drug Control Programme (1997a): *World Drug Report*. Oxford University Press
- UNDCP - United Nations International Drug Control Programme (1997b): *Economic and Social Consequences of Drug Abuse and Illicit Trafficking*. Vienna
- UNDCP - United Nations International Drug Control Programme (1997c): *International Conference on Drug Control Cooperation with the Russian Federation, Moscow, 16-17 April 1997*. o.O.
- US - United States State Department – Bureau für International Narcotics and Law Enforcement Affairs (1997): *International Narcotics Control Strategy Report 1996*. http://www.state.gov/www/global/narcotics_law/1996_narc_report/europ96.html.
- US - United States State Department – Bureau für International Narcotics and Law Enforcement Affairs (1998): *International Narcotics Control Strategy Report 1997*. http://www.state.gov/www/global/narcotics_law/1997_narc_report/europ97_part3.html.
- Weichsel, Volker (1997): *Kriminalität in Rußland: Kinderkrankheiten einer neuen Gesellschaft oder Konturen eines Mafiastaates?* In: Egbert Jahn u.a. (Hg.): *Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa - Momentaufnahmen der Transformation Europas*. Universität Mannheim, Sonderveröffentlichung des FKKS, S. 71-82
- Wisely, Colin (1998): *HIV and Drug Use in the Russian Federation*. Unveröffentlichtes Manuskript
- WHO - World Health Organization (1998): *Principles for preventing HIV infection among drug users*. Copenhagen

Mit einem Sternchen (*) gekennzeichnete Artikel wurden unter dem Stichwort „Russia“ auf der Internetseite des Media Awareness Projects abgerufen (<http://www.mapinc.org/drug-news>), die Meldungen des Osteuropa-Monitors der *DW* unter dem Stichwort „Drogen“ auf der Internetseite der *DW* (<http://www.dwelle.de/MONP/BASIS/MONITOR/MONPUB/MONITOR/SF>).

Abkürzungen

AIDS – Acquired Immune Deficiency Syndrome
BIOst – Bundesinstitut für internationale und ostwissenschaftliche Studien
BMG – Bundesministerium für Gesundheit
BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BND – Bundesnachrichtendienst
CIA – Central Intelligence Agency
CoE – Council of Europe
DW – Deutsche Welle
EMCDDA – European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction
FBIS – Foreign Broadcast Information Service
GTZ – Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH
GUS – Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HIV – human immunodeficiency virus
INCB – International Narcotics Control Board
IWIG – Institut wissenschaftlicher Informationen für Gesellschaftswissenschaften/Institut für Soziologie der Rußländischen Akademie der Wissenschaften
LSD – Lysergsäurediäthylamid
Mildt – Mission interministérielle de lutte contre la drogue et la toxicomanie
NRO – Nichtregierungsorganisation(en)
OGD – Observatoire Géopolitique des Drogues
OMRI – Open Media Research Institute
RFE/RL – Radio Free Europe/Radio Liberty
SWP – Stiftung Wissenschaft und Politik
TACIS – Technical Assistance for the Countries of the Commonwealth of Independent States
UNDCP – United Nations (International) Drug Control Programme
UNO - United Nations Organisation
US – United States (of America)
WHO – World Health Organization

Publikationen des Forschungsschwerpunktes Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim

Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten

- Band 1 Astrid Sahn, Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl (1986-1991), LIT Verlag, Münster 1994, 150 S., ISBN 3-89473-831-6
- Band 2 Manfred Sapper Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, LIT Verlag, Münster 1994, 480 S., ISBN 3-8258-2053-x
- Band 3 Heribert Seubert, Zum Legitimitätsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR, LIT Verlag, Münster 1995, 350 S., ISBN 3-8258-2325-3
- Band 4 Ninel Danos, Wirtschaft und Verteidigung: Bestandsaufnahme des Umbruchs in Osteuropa, LIT Verlag, Münster 1995, 142 S., ISBN 3-8258-2037-8
- Band 5 Frank Wilhelmy, Der Zerfall der SED-Herrschaft. Zur Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimitätsanspruches in der DDR, LIT Verlag, Münster 1995, 340 S., ISBN 3-8258-2456-x
- Band 6 Egbert Jahn, Issledovanija problem mira v period i posle konflikta Vostok-Zapad. Stat'i poslednich 20 let, Moskva 1997, 346 S., ISBN 3-78258-3042-x
- Band 7 Astrid Sahn, Transformation im Schatten von Tschernobyl. Umwelt- und Energiepolitik im gesellschaftlichen Wandel von Belarus und Ukraine, LIT Verlag, Münster 1999, 472 S., ISBN 3-8258-4549-4
- Band 8 Claudia Wagner, Rußlands Krieg in Tschetschenien. Politische Transformation und militärische Gewalt, LIT Verlag, Münster 2000, 220 S., ISBN 3-8258-4670-9
- Band 9 Volker Weichsel, Westintegration und Rußlandpolitik der Tschechischen Republik, LIT Verlag, Münster 2000, 136 S., ISBN 3-8258-4833-7

Veröffentlichungen in anderen Buchreihen

Bernhard Moltmann/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Die Folgen von Tschernobyl. Herausforderungen und Auswege, Verlag Haag und Herchen, Frankfurt 1994, 207 S., ISBN 3-86137-141-3

Mariana Hausleitner, Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka, Campus, Frankfurt-New York 1994, 309 S., ISBN 3-593-35200-1

Egbert Jahn/Rudolf Wildenmann (Hg.), Stability in East Central Europe? Stabilität in Ostmitteleuropa? Studien zur gesellschaftlichen Entwicklung, Bd. 13, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1995, 213 S., ISBN 3-7890-3852-0

Manfred Sapper, Großmachtspolitik ohne Großmachtressourcen. Rußlands Irak- und Nahostpolitik, HSFK-Report 1/1999, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt 1999, 54 S., ISBN 3-933293-12-X

FKKS-Sonderveröffentlichungen

Periodika der Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte aus Ostmittel- und Osteuropa. Bibliographie und Verzeichnis der Bestände in Baden-Württemberg und Hessen, April 1997

Egbert Jahn/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa. Momentaufnahmen der Transformation Europas, Dezember 1997

Gerard Holden, International Relations During and After the Cold War. A Comparative Approach to Intellectual History and Culture, März 1998

Manfred Sapper (Hg.), Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas. Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens, Januar 2000

Untersuchungen des FKKS

- FKKS 1/1992 Egbert Jahn, Der Umbruch in Osteuropa. Eine Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft
- FKKS 2/1992 Manfred Sapper, Das sowjetische Militär und die Nationalitätenkonflikte
- FKKS 3/1992 Arvydas Juozaitis, The Lithuanian Independence Movement and National Minorities
- FKKS 4/1992 Egbert Jahn, Nationalismus und Demokratie - Einheit oder Widerspruch?
- FKKS 5/1993 Astrid Sahn, Die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Republik Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine. Eine Orientierungshilfe
- FKKS 6/1994 Peter Bonin, Rußland und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien
- FKKS 7/1995 Olga Wassiljewa, Konflikte im Nordkaukasus. Ursachen, Verlauf und Perspektiven
- FKKS 8/1995 Alexander Grossman, Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren? Rußland und der 50. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg
- FKKS 9/1995 Astrid Sahn, Die gescheiterten Parlamentswahlen in Belarus. Eine regional differenzierende Analyse
- FKKS 10/1996 David Oberhuber, Rußlands Nuklearsektor zehn Jahre nach Tschernobyl. Kontinuität im Wandel
- FKKS 11/1996 Michael Zimmermann, Zigeunerpolitik im Stalinismus, im „realen Sozialismus“ und unter dem Nationalsozialismus. Eine Untersuchung in vergleichender Absicht
- FKKS 12/1996 Gediminas Vitkus, Lithuanian-Russian Relations in 1990-1995. A Study of Lithuanian Foreign Policy
- FKKS 13/1997 Alexandr Kokejew/Georgi Otyrba, Der Weg in den Abchasien-Krieg
- FKKS 14/1997 Franz Preißler, Demokratische und autoritäre Einstellungen in der rußländischen Gesellschaft. Eine Studie zur politischen Kultur
- FKKS 15/1997 Elke Siehl, Privatisierung in Rußland
- FKKS 16/1997 Olaf Atja Lemmingson, Die Entwicklung von Bankensystem und Finanzmarkt in Rußland
- FKKS 17/1998 Johannes Baur, Kampf ums Öl? Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen der Rußländischen Föderation im Kaspi-Raum
- FKKS 18/1998 Irina Bugrova, Politische Kultur in Belarus. Eine Rekonstruktion der Entwicklung vom Großfürstentum Litauen zum Lukašenko-Regime
- FKKS 19/1998 Olga Abramova, Integration zwischen Realität und Simulation. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1991
- FKKS 20/1999 Rolf Peter, Zwischen Konflikt und Kalkül. Die „nationale Frage“ in Kasachstan
- FKKS 21/1999 Guido Houben, Drogen in Rußland. Überlegungen zu Staat, Gesellschaft, organisiertem Verbrechen und internationaler Kooperation
- FKKS 22/1999 Manfred Sapper (Hg.), Rußland und der zweite Tschetschenienkrieg. Fakten, Hintergründe, Interpretationen
- FKKS 23/1999 Egbert Jahn, „Nie wieder Krieg! Nie wieder Völkermord“ Der Kosovo-Konflikt als europäisches Problem
- FKKS 24/2000 Susan Stewart, Sprachenpolitik als Sicherheitsproblem in der Ukraine
- FKKS 25/2000 Andreas Reich, Politisches Patt in Tschechien. Ursachen, Konsequenzen, Perspektiven
- FKKS 26/2001 Timm Beichelt, Autokratie und Wahldemokratie in Belarus, Russland und der Ukraine